



Nr. 52 – Mai 2002

PAPUA-NEUGUINEA

Wahlen 2002

Vom 15. bis zum 29. Juni wählt die Bevölkerung Papua-Neuguineas eine neue Regierung. Zuvor war ein Gesetz zur formalen Registrierung aller politischen Parteien für die Wahlen 2002 erlassen worden. Die Parteien mussten 10.000 Kina Gebühren für ihre Registrierung als Partei einzahlen. Bisher haben sich offiziell 43 Parteien registrieren lassen. Ein weiteres Gesetz regelt die Integrität von Kandidaten. Das *Integrity of Political Parties and Candidates Bill* will den sogenannten „Jojo-Effekt“ verhindern, also den Wechsel von Kandidaten zwischen den Parteien je nach persönlichem Vorteil für den Betreffenden. Ziel dieser Reformen sind Kontinuität und Stabilität des politischen Systems.

Der Wahlkampf läuft auf Hochtouren. Um die Gunst der Wähler zu gewinnen, lassen sich die Parteien einiges einfallen. So hat sich die **PNG Labour Party** (PNGLP) dem Kampf gegen Vetternwirtschaft und Korruption verschrieben. Die Parlamentarier der PNGLP mussten bereits 10% ihres Gehaltes an die Partei zurückzahlen, da sie laut Angaben des Parteivorsitzenden überbezahlt waren. Außerdem mussten sie

einen Eid schwören, der Partei treu zu dienen und mit ihrem Verhalten ein Vorbild für die Bürger zu sein. Kandidaten mit Vorstrafen und krimineller Vergangenheit wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Die älteste Partei des Landes, die **Pangu Party** (PP) unter Parteichef Chris Haiveta, argumentiert mit der Ehrlichkeit, Bescheidenheit und „Langlebigkeit“ ihrer Parteimitglieder. So ist der Parlamentarier Sir Peter Lus der am längsten amtierende Politiker im gesamten Commonwealth. Die Partei halte stets an ihren politischen Prinzipien von Einheit und Demokratie und guter Regierungsführung (*good governance*) fest, so Haiveta. PP wurde 1968 von dem späteren ersten Premierminister Michael Somare gegründet. Sie ist zur Zeit mit elf Mitgliedern im Kabinett vertreten.

Die **United Party** (UP) unter Führung von Gabia Gagarimabu hat sich die Armutsbekämpfung auf die Fahnen geschrieben. Dazu will die Partei gemäß ihres Mottos vom ‚Dienst am Nächsten‘ Ausbildungsprogramme fördern und das capacity building vorantreiben. Die UP legt nach eigenen Angaben Wert auf Transparenz aller parteiinternen Vorgänge. Im Mittelpunkt steht die zukünftige Generation des Landes.

Das **People's Democratic Movement** (PDM), die Partei des seit 1999 amtierenden Pre-

mierministers Sir Mekere Morauta, setzt sich für den landwirtschaftlichen Sektor und die kostenlose (Schul-) Ausbildung für alle ein.

Die **People's Progress Party** (PPP, Gründer: Sir Julius Chan) hat sich um die Infrastruktur, u.a. um den Ausbau des Jackson-Flughafens in Port Moresby, verdient gemacht. Die Partei geriet jedoch wegen der Sandline Affäre 1997 ins Kreuzfeuer. Im neuen Parlament will sich die PPP vor allem für den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit einsetzen.

Die **National Party** (NP) wirbt mit dem Slogan „Zurück zu den Basics“ und meint damit, die Menschen sollten nicht in die Städte abwandern, sondern als Subsistenzbauern in ihren Dörfern bleiben. Das ist zumindest der Wille des Parteiführers (und Großbauern) Paul Pora. Wichtig ist der NP das „Empowerment“ traditioneller Dorfstrukturen.

Ende Februar hat sich die Partei **„Die Grünen“** (PNG Greens) gegründet. Bisher hat sie 270 eingetragene Mitglieder, 24 Kandidaten stellen sich zur Wahl, darunter auch fünf Frauen.

Experten zweifeln, ob die Wahlen frei und fair stattfinden können. In den vorausgegangenen Wahlen gab es mehr Wähler als Wahlberechtigte. Die Wahlkommission hat mit Hilfe der australischen Wahl-



kommission und der Organisation AusAID versucht, das Wahlregister zu „bereinigen“, also alle Phantomwähler aus den Listen zu streichen. In ganzseitigen Zeitungsanzeigen wirbt der Presse- und Medienrat des Landes gegen Korruption. Die Anzeigen zählen die Charakteristika auf, über die ein ehrlicher und engagierter Kandidat verfügen soll. Sie warnen explizit davor, Kandidaten mit krimineller Vergangenheit zu wählen, die die Interessen der eigenen Familie vor die der Nation stellen und Wählerstimmen durch Bestechung erkaufen.

Die Zersplitterung des Landes in einzelne, zum Teil sehr mächtige Klane fördert die Vetternwirtschaft. In den Hochlandprovinzen wie z.B. Mount Hagen sollen Kandidaten private Milizen einsetzen, um die Wähler zur „richtigen“ Wahl zu zwingen. Auch die Provinz Sandaun (West Sepik) gehört zu den „Problemfällen“. In dem Grenzgebiet zu Westpapua ist unklar, wer in PNG lebt und damit wahlberechtigt ist, oder wer außer Landes in der Provinz Papua lebt.

Große internationale Konzerne befürchten Ausschreitungen während der Wahlen. Sie wollen Frauen und Kinder außer Landes bringen. Dazu rät die Amerikanische Botschaft in Port Moresby, die die Sicherheitssituation als gefährlich einstuft. Mit bewaffneten Raubüberfällen sei zu rechnen, Überlandfahrten sollten nur in einer Gruppe unternommen werden, Taxen seien kein geeignetes Transportmittel und abends sollte man nicht mehr alleine auf die Straße gehen - das sind nur einige der Ratschläge der Botschaft an die in PNG lebenden Ausländer.

(Presseerklärung US Embassy, PC 22.02., 15.-17.03., Australian Greens 04.03., The Canberra Times 26.03., Independent 18.04., 25.04., 02.05., 08.05., 16.05.02, Anzeigen in der PNG Presse, www.pngec.gov.pg)

200 Tote durch Mendi-Stammeskämpfe

Bei Kämpfen zwischen den benachbarten Stämmen Unjumap und Wogia in Mendi/Provinz Südliches Hochland sind mehr als 200 Menschen getötet und mehrere Hundert verletzt worden. Die Streitigkeiten zwischen den Stämmen waren Ende letzten Jahres ausgebrochen und hatten sich zu einer erbitterten Schlacht gesteigert. Die Stadt Mendi wurde nahezu vollständig zerstört. Durch die Schließung von Schulen, Banken, dem Provinzkrankenhaus, der Krankenschwesternschule und weiteren Einrichtungen kam das öffentliche Leben zum Stillstand. Provinzgouverneur Anderson Agiru wurde von seinem Amt suspendiert. Die aufgebrachten Einwohner von Mendi jagten die Mitglieder der Provinzversammlung aus ihren Posten und schlossen den lokalen Sitz der Regierung aus Protest vor dem Nicht-Eingreifen der Politiker.

Aufrufe zu Frieden und Versöhnung der ansässigen Kirchenoberhäupter verhallten zunächst ungehört. Erst dem Geschäftsmann Francis Awesa gelang eine Annäherung der verfeindeten Klane. Gemeinsam mit dem katholischen Bischof Stephen Reichert und dem United Church-Bischof Clarence Kapali gründete er die „Mendi Friedenskommission“. Auf ihr Engagement hin unterzeichneten Vertreter der Unjumap und Wogia am 3. Mai einen Waffenstillstand. (PC 22.02., 28.02., The National 22.02., 06.05.02)

Masernepidemie/ Krise in Krankenhäusern

Im Hochlandkrankenhaus von Mount Hagen sind seit Anfang des Jahres 101 Kinder an einer Masernepidemie gestorben. Obwohl die Ärzte die Epidemie rechtzeitig erkannten, konnte

den Kindern aus Mangel an Medikamenten nicht mehr geholfen werden. Die wenigen Medikamente habe man nur an die Erkrankten verteilen können, die dafür bezahlen konnten, erklärte Dr. James Kintwa, Direktor des Krankenhauses. Inzwischen hat City Pharmacy aus Port Moresby 3.500 Kina für den Kauf von Impfstoffen zur Verfügung gestellt. In der Western Highlands Provinz von Mount Hagen beträgt die Impfquote gegen Masern aus Kostengründen nur 31%, im benachbarten Chimbu sind 90% der Kinder gegen Masern geimpft.

Die Krise im Gesundheitssystem des Landes weitet sich immer mehr aus. Seit knapp zwei Monaten kümmert sich das Krankenhaus in Goroka nur noch um Notfälle. Alle anderen Abteilungen des Krankenhauses wurden wegen Medikamente- und Gerätemangels geschlossen. Dr. Peter Bire vom Goroka Hospital befürchtet die Schließung seines Krankenhauses in den nächsten Wochen.

In der Hauptstadt Port Moresby sind alle Krankenwagen ausgefallen. Der St. Johns Ambulance Service musste seine Fahrten aus Benzinmangel einstellen, da die Regierung die fällig gewordenen 75.000 Kina Zuschuss zum 1. April nicht zahlen konnte. Graham Keake von der St. Johns Ambulance sagte in einem Interview mit der Tageszeitung *Postcourier* wörtlich: „*We apologise if anyone should suffer or die due to this closure.*“ (Wir entschuldigen uns, falls während der Schließung jemand leiden oder sterben sollte).

Masern sind eine ansteckende Infektionskrankheit, ausgezeichnet durch fleckigen Hautausschlag, Fieber, Bindehautkatarrh und Katarrh der oberen Luftwege. Mittelohr- und Lungenentzündung können hinzukommen. Die Übertragung erfolgt durch Tröpfcheninfektion.

Die überstandene Krankheit hinterlässt lebenslange Immunität. Eine vorbeugende Impfung ist möglich, konnte in den Krankenhäusern jedoch aus Mangel an Impfstoffen nicht durchgeführt werden. (*Pacnews 22.04., PIR 07.05., PC 10.- 12.05.2002, www.g-netz.de*)

Regierung akzeptiert WWF-Ökoregionen und Walschutzgebiet

Papua-Neuguinea hat als erstes Land weltweit die von der Schweizer Umweltstiftung WWF (World Wide Fund for Nature) identifizierten 21 Ökoregionen des Landes als schützenswert anerkannt. Der WWF hatte in einer „Global 200“ benannten Kampagne 238 einzigartige Lebensräume der Erde identifiziert und als besonders schutzwürdig anerkannt. Die Auswahl dieser sogenannten Ökoregionen trafen Experten, die in 14 großen Habitaten weltweit an Land und im Wasser Biodiversitätsstudien durchführten.

Mit „Habitaten“ bezeichnet man die engste Umwelt eines Tieres, also einen Ort, an dem eine Tierart oder ein bestimmtes Entwicklungsstadium regelmäßig anzutreffen ist. Der WWF definierte als Habitate z.B. tropische Regenwälder, Mischwälder, Steppen, Tundra, Grasland, mediterrane Wälder, Wüsten und Mangrovenwälder.

Um die Einzigartigkeit von Flora und Fauna pro Kontinent und Ozean noch detaillierter darstellen zu können, wurden die Habitate weiter unterteilt in sieben biogeographische Gebiete (Afrotropical, Australasia, Indo-Malayan, Nearctic, Neotropical, Oceania, Palearctic). Diese Gebiete wurden wiederum in einzelne Ökoregionen aufgeteilt. Folgende Kriterien zur Einstufung einer Region als Ökoregion wurden dabei vom WWF

benutzt: Artenreichtum, endemische Arten, Seltenheit, hohe taxonomische Einzigartigkeit, außergewöhnliche ökologische oder evolutionäre Kennzeichen.

In PNG identifizierte der WWF 21 Ökoregionen in den Wäldern, im Meer und im Frischwasser. In ihnen leben Tiere, die es nur in PNG gibt, z.B. der kleinste Papagei (rotbrüstiger Pygmäenpapagei), der größte Schmetterling (Queen Birdwing *Alexandrae*), der weltweit einzige giftige Vogel und die Viktoria-Taube (*Goura victoria*).

Am Rande des WWF-workshops zu den asiatisch-pazifischen Ökoregionen Ende April in Madang hatte Dr. Warilamo, Direktor des Department of Environment and Conservation (DEC, Umweltschutzministerium), die Entscheidung der Regierung bekannt gegeben. Danach macht sich die Regierung die WWF-Ökoregionen in einem speziellen Umweltschutzplan (engl. „blueprint for nature“) zu eigen. Ziel des Planes ist die Bewahrung der einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt in den ausgewiesenen Regionen. Dr. Warilamo bemerkte, die Bewahrung der Umwelt zum Wohle der zukünftigen Generation sei eines der Kernziele in der Landesverfassung.

Einige Tage später erklärte Premierminister Sir Mekere Morauta die exklusive ökonomische Zone (EEZ) von Papua-Neuguinea zum Walschutzgebiet. Damit ist PNG erneut das erste Land weltweit, das die 200 Meilen Zone rund um seine Landflächen als Schutzgebiet ausgewiesen hat. Morauta gab diese Entscheidung während des ‚Marine Mammals workshops‘ (dt. Säugetiere in der See) in Port Moresby bekannt. Der workshop war vom WWF und dem National Museum von Port Moresby im Rahmen der weltweiten WWF-Kampagne zum Schutz der

Wale organisiert worden. (*Pacnews 23.04., WWF Presseerklärung 23.04. und 01.05.02, www.panda.org/resources/programmes/global200/pages/home.htm*)

Tote durch Erdbeben

Bei einem Erdbeben im Dorf Kobung in der Morobe Provinz sind vermutlich 36 Menschen gestorben. Die Bewohner des Dorfes wurden im Schlaf von dem Erdbeben zweier am Hang befindlicher Kaffeeplantagen überrascht, der durch ein kleineres Erdbeben und wochenlangen Regen ausgelöst worden war. Der Hang brach in sich zusammen und stürzte in den Fluss, an dessen Ufer sich das Dorf befand. Die Leichen können nach Angaben des Katastrophenschutzes nicht geborgen werden, weil sie unter Tonnen von Schlamm begraben sind. Die benachbarten Dörfer Bangusae und Napna wurden ebenfalls unter Schlammmassen begraben. (*Courier Mail 03.04., PC 04.04., PIR 05.04., The National 08.04.02*)

Bank- Privatisierung

Die 1974 gegründete staatliche Bank von Papua-Neuguinea, die „PNG Banking Corporation“, ist im Rahmen der Privatisierungskampagne Ende April an einen privaten Investor verkauft worden. Die Bank wurde von der „Bank of South Pacific“ (BSP) aufgekauft. Diese musste mehr als eine Million Kina an die Privatisierungskommission abführen. Mit dem Erwerb der Bank kontrolliert die BSP nun 60% des Finanzsektors.

Die Privatisierung staatlicher Unternehmen ist Teil der Strukturreformen, die dem Land von der Weltbank und dem internationalen Währungsfond IWF auferlegt worden waren. Demnächst sollen der staatliche Stromversorger und die Tele-

fongesellschaft verkauft werden. (*Radio Australia 11.04., Flash d'Océanie 23.04., Independent 25.04.02*)

BOUGAINVILLE

Gewalt gegen Frauen - Bilanz

Helen Hakena, Direktorin der Leitana Nehan Women's Development Agency, einer lokalen Nichtregierungsorganisation (NRO), zog Mitte April die erschreckende Bilanz der zehnjährigen Krise auf der Insel Bougainville. Viele alleinstehende Mütter und Witwen seien in der Zeit sexuell belästigt oder vergewaltigt worden. Es seien 5.000 durch Vergewaltigung gezeugte Kinder geboren worden, die das Stigma eines ungewollten Daseins tragen müssten.

Diese Zahlen sind Schätzungen der NRO, die im vergangenen Jahr Umfragen unter der weiblichen Bevölkerung durchgeführt hatte. 148 Frauen hatten von ihren Vergewaltigungstraumata berichtet, 349 weitere Frauen hatten erzählt, sie seien von Kombattanten oder ihren Ehemännern schwer verprügelt worden. 146 Frauen wurden sexuell belästigt und 56 Kinder sexuell missbraucht. Hakena sagte, diese Zahlen seien nur Anhaltspunkte. Die Leitana Nehan Agency schätzt die Zahl der weiblichen Opfer auf 2.000. Keine Angaben habe man darüber erhalten, wie viele ungewollte Babys (nach Vergewaltigungen) von ihren Müttern umgebracht worden seien.

Die Leitana Nehan Women's Development Agency hat zehn fest angestellte Beraterinnen und 70 Ehrenamtliche. In mehr als 200 Gemeinden leisten die Frauen vor allem Trauma- und Versöhnungsarbeit. Die NRO wurde 1992 gegründet. Unter dem Motto „Women weaving Bougainville together“ engagierten sich die Mitarbeiter in der Versöhnungsarbeit unter

jugendlichen (männlichen) Kämpfern. Heute bieten sie Familienplanungs- und Bildungsprogramme, führen workshops zur Gesundheit (AIDS-Aufklärung) und Ausbildung durch und stärken Frauen bei der Übernahme von gesellschaftlichen Führungspositionen (*leadership and advocacy*). 2001 wurde die NRO von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) mit dem „Millenium Peace Prize for Women“ für ihren Einsatz um Frieden und Versöhnung ausgezeichnet. (*PC 22.04.02, www.undp.org/unifem/mpprize/papuabio.html*)

Verfassungsänderung genehmigt

Im zweiten Wahldurchgang hat sich das Parlament von Papua-Neuguinea am 27. März mit 85:0 Stimmen für den Zusatzartikel zur Verfassung ausgesprochen. Damit ist der Weg für eine autonome Provinz Bougainville rechtlich frei. Die mit der Verfassungsänderung einhergehenden Rechte (u.a. Einrichtung einer autonomen Regierung, Durchführung eines Referendums in ca. zehn Jahren, eigenes Polizei- und Justizwesen, Hoheit über Steuereinnahmen) werden allerdings erst nach Vollzug der im Friedensabkommen vom August 2001 festgeschriebenen Voraussetzungen gültig. Im wesentlichen handelt es sich hier um die ordnungsgemäße Abgabe aller Waffen sowie ihre Lagerung in versiegelten Containern des Beobachterteams der Vereinten Nationen (United Nations Observer Mission, UNOMB). Das bestätigte UNOMB-Direktor Botschafter Noel Sinclair. Bislang sind knapp 500 Waffen abgegeben worden. Die UN vermuten bis zu 3.000 Waffen auf der Insel. (*NZZ Dossier 02.06.01, pngvillage 27.03.02, Independent Dossier März 02, Scoop NZ 27.03., World Socialist Website 15.04.02*)

BERGBAU

Panguna bleibt zu

Bougainville Copper Ltd. (BCL), Betreiber der Gold- und Kupfermine Panguna auf der Insel Bougainville, hat der Öffnung der Mine eine klare Absage erteilt. Der Vorstand von BCL sehe keine Chance zur Wiedereröffnung, sagte Vorsitzender Barry Cusack auf der Aktionärsversammlung Mitte April in Port Moresby. 53,6% der Anteile an der Mine hält der Bergbaukonzern Rio Tinto, die Regierung von PNG hat 27,3% Anteile, der Rest wird von Kleinaktionären getragen.

2001 konnte BCL erstmals seit Schließung der Mine eine Dividende zahlen. Sie betrug 50 US Cent pro Aktie. In 2001 betrug der Reingewinn von BCL 8,4 Millionen Kina. Die Dividende wurde ausgezahlt, nachdem feststand, dass die Mine nicht wieder eröffnet werde. Sonst hätte das Geld zur Finanzierung von Machbarkeitsstudien genutzt werden müssen, erklärte Cusack.

Die Panguna-Mine hatte 1982 ihren Betrieb aufgenommen. Bis zur Schließung 1989 trug sie in hohem Maße zu den Exporteinnahmen des Landes bei, ihre Steuereinnahmen lagen bei rund 20%.

Hintergrund: Nachdem die landbesitzenden Clans im Gebiet der Panguna-Mine wegen der katastrophalen durch den Minenbetrieb verursachten Umweltschäden Kompensationen und Umweltschutzauflagen gefordert hatten, mit diesen Forderungen aber bei der Regierung und dem Minenbetreiber BCL auf taube Ohren gestoßen waren, eskalierte der Konflikt zwischen der ortsansässigen Bevölkerung und dem Minenkonzern. Junge Männer

unter Führung von Francis Ona legten seit November 1988 den Minenbetrieb mit Sabotageaktionen (Sprengung von Strommasten, wofür sie sich den Sprengstoff durch Diebstahl aus der Mine besorgt hatten) immer wieder still. Polizei und Militär der PNG-Regierung konnten die Mine nicht wirksam schützen, ihr hartes Vorgehen gegen die Bevölkerung im Minengebiet führte zu Solidarisierungseffekten mit den jungen Saboteuren, die schließlich die BRA (Bougainville Revolutionary Army) konstituierten; dieser wiederum gelang es, im Mai 1989 den Minenbetrieb vollständig und auf Dauer lahm zu legen. Bis heute befindet sich die (ehemalige) Mine in der Gewalt von Francis Ona und seinen Anhängern. (*Asia Times online 04.04., 12.04.02, Email Volker Böge 17.05.02, www.worldinformation.com*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Aus der ELC-PNG

Lutherische Kirche neutral

Die ELC-PNG sei, so Bischof, Dr. Wesley Kigasung, keine politische Partei. Sie stelle weder Kandidaten auf, noch unterstütze sie irgendwelche. Er habe alle fünfzehn Distrikte angewiesen, sich so zu verhalten, damit die Neutralität der Kirche nicht verletzt werde. Die Kirche selbst sei nicht glücklich über Mitarbeiter, die ein Abgeordnetnamt anstrebten. Sie widersetzten sich dem göttlichen Ruf, das Evangelium zu verkünden. Die Kirche trete für einen fairen und ehrlichen Wahl-

kampf ein und ziehe keinen der Kandidaten vor. Falschmeldungen, die im Lande kursieren, täten der Kirche unrecht. Seit ihrem Beginn im Jahre 1886 habe sie sich jederzeit für die Menschen dieses Landes eingesetzt. Die Führer des Landes hätten das immer anerkannt. *„Darauf sind wir stolz ohne aber damit zu prahlen“*, so der Bischof. (*The National 22.05.02*)

Bundun-Konferenz- Zentrum vorbildlich

Der Nationale Jugendausschuss ist dabei, ein Jugendförderungsprogramm aufzubauen. Dabei sollen Institutionen gefördert werden, die junge Menschen ansprechen, aus- und weiterbilden können, damit sie später als verantwortliche Bürger ihren Beitrag zur Entwicklung von PNG leisten. In Bundun werden freiwillige Jugendliche im Gartenbau und in der Kleintierhaltung ausgebildet. Dabei herrscht eine gute geistliche Atmosphäre. Nach ihrer Ausbildung sollen die Jugendlichen in ihre Dörfer zurückkehren und dort den Menschen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Unterstützt wird das Programm vom Deutschen Entwicklungsdienst DED. Das Bundun Konferenzzentrum ist eine Institution der ELC-PNG und wird von Dr. Ulrich Bergmann geleitet. (*PC 10.05.02, eigene Meldung*)

Lakele Keweng neue Frauenarbeiterin

Die mit einem Pastor verheiratete Lakele Keweng und Mutter zweier Kinder wurde zur neuen nationalen Frauenarbeiterin der ELC-PNG ernannt. Sie tritt die Nachfolge von Gabi Gedisa an, die viele Jahre dieses Amt innehatte. Obwohl die Richtlinien für die Wahl der nationalen Frauenarbeiterin sagen, dass

weder eine Pastorenfrau noch eine verheiratete Frau dieses Amt bekleiden darf, wurde sie vom Gutnius-Department vorgeschlagen und vom Church-Council (Kirchenrat) bestätigt. Epe Naremenge vom Ukata-Distrikt und frühere Kotte-Distrikt-Frauenarbeiterin war die zweite Kandidatin. Lakeles Mann, Pastor Keweng, arbeitet als Seelsorger am Angau-Hospital in Lae.

Die Nationale Frauenkonferenz fand vom 1. bis 5. April in Kitip im Westlichen Hochland statt. Zu ihr wurden über 2.000 Frauen als Delegierte und Besucher erwartet. (*Eigene Meldung*)

ELC-PNG-Studenten am Asian Institute for Liturgy and Music (AILM)

David Marleh vom Ausbildungszentrum für Evangelisten in Madang und Enos Kwara aus Finschhafen studieren am AILM in Manila. Das AILM legt Wert darauf, dass traditionelle Instrumente benützt werden und das musikalische Erbe der verschiedenen Kulturen in den jeweiligen Kirchen aufgenommen wird. (*Wantok 14.03.02*)

Bischofserklärung zu Erneuerungsbewegungen

In einem Brief an die Verantwortlichen der Kirche schreibt der Bischof zu den Erneuerungsbewegungen innerhalb der ELC-PNG: *„Ich bin überzeugt, dass wir in eine neue Periode unserer Kirchengeschichte eintreten. Dabei stellt sich mir die Frage, was es heißt, ein evangelisch-lutherischer Christ zu sein? Verbunden damit ist auch die Frage der eigenen Identität und Spiritualität.“* Was den angestrebten Dialog mit diesen Bewegungen innerhalb der Kirche angeht, sagte der Bischof: *„Wir müssen in einer guten Weise*

alles über diese Gruppen erfahren und das hat im Blick auf nötige Reformen innerhalb der Kirche zu geschehen. Solche Reformen sollten begleitet werden, sich auf dem Fundament der Schrift befinden, theologisch gesund und konfessionell korrekt sein“.

Die ELC-PNG hat dafür eine eigene Stelle geschaffen. Pfarrer Martin Krieg und Pfarrer Igorir Saul wurden mit dieser wichtigen Aufgabe betraut. Die Kirche versucht zu den Erweckungsbewegungen eine Brücke zu schlagen. Ziel ist, diesen Gruppen einen Raum im Hause der Kirche zu schaffen. *(Eigene Meldung)*

Jugendgruppe sammelt für Kirchenneubau

Neun Mitglieder der „Schalom Jugendgruppe“ vom Mu-Dekanat im Chimbu-Distrikt liefen drei Tage lang bis Lae. Von dort fuhren sie mit dem Schiff bis Pependetta, um auf dem Kokoda-Trail innerhalb von vier Tagen die Hauptstadt Port Moresby zu erreichen. Sie wollen insgesamt 6.000 Kina für einen Kirchenneubau sammeln. 600 Kina haben sie bereits in Lae erhalten. Gruppenführer Peter Karl McMillanton war erfreut über die Hilfsbereitschaft der Menschen, die auf dem Weg von den Jugendlichen angesprochen wurden. *(PC 14.3.02)*

Balob Teacher College renoviert

Für 3,5 Mio. Kina wurden die Übernachtungs- und Waschräume, Lehrerwohnungen, Verwaltungsgebäude, Lehrsäle und die Speisehalle der Lehrerausbildungsstätte in Lae renoviert. Bei der offiziellen Eröffnungsfeier dankte Morobe-Gouverneur Luther Wenge der Australischen Regierung, die durch AusAID (Australische

Entwicklungshilfe) die Renovierung möglich gemacht hat. Geplant sind noch ein Computerraum mit Internetanschluss in Höhe von 1,2 Mio. Kina.

Der Vertreter von AusAID, David Austin, freute sich, dass sein Land helfen können. Er forderte Lehrer und Studenten auf, Gebäude und Einrichtungen pfleglich zu behandeln, so dass sie noch in zehn Jahren gut genutzt werden können. Dem schlossen sich Bischof Wesley Kigasung und der Abgeordnete von Lae, Bart Philemon, an. Der Rektor, John Lalandiloloa, forderte die Morobe-Provinzregierung, die ELC-PNG und die anderen Kirchen, die diese Institution unterhalten, auf, ihren Beitrag für das Kolleg zu leisten. *(PC 25.04., Independent, 02.05.02)*

Präsident des LWB in PNG

Vom 18. – 21. April besuchte der Präsident des Lutherischen Weltbundes Dr. Christian Krause PNG. Unter den Klängen „Ein feste Burg ist unser Gott“, gespielt von einer Polizei-Blaskapelle und den Darbietungen einer Tanzgruppe, wurde er von Bischof Dr. Wesley Kigasung und Bischof David P. Piso von der Lutherischen Gutnius-Kirche in Port Moresby empfangen. Dr. Krause stattete dem General-Gouverneur, Sir Silas Atopare, einen Besuch ab und traf mit dem Premierminister, Sir Mekere Morauta, im Sir John Guise-Stadion bei einer offenen Veranstaltung zusammen. Den Versammelten sagte er: *„Gebt acht auf die Menschen, die euch anvertraut sind. Gebt den Armen von eurem Reichtum. Steht den Angefochtenen bei. Teilt die empfangene Liebe Gottes mit anderen.“*

Sir Mekere sagte: *„Als Christen sollten wir unser Leben nach der Lehre Christi ausrichten*

und in diesem Sinne als eine Nation zusammenleben.“

Die nächste Station war Lae, wo sich der Sitz der ELC-PNG und das Martin-Luther-Seminar befinden. Bischof Dr. Kigasung freute sich, dass in der Person von Dr. Krause das erste Mal ein Präsident des LWB den Boden von Papua-Neuguinea betreten habe. Dieser Besuch werde sowohl die ELC-PNG wie auch die Gutnius-Kirche stärken.

Von Lae flog Dr. Krause nach Hagen im Hochland. Dort versuchte er im 17 Jahre alten Streit zwischen dem Hagen-Distrikt und der abgespalteten Melpa-Gruppe zu vermitteln. Im Januar 2000 hatte diese Gruppe eine eigene Lutherische Kirche gegründet und um Aufnahme in den LWB ersucht. Dr. Krause stellte fest, dass es hinsichtlich der Lehrgrundlage in Schrift und Bekenntnis keine Unstimmigkeiten gebe, wohl aber sei der Streit ein persönlicher. Das Haupt der Melpa-Leute sei Bischof Sanangke Dole. Die Ursachen des Konflikts lägen auf beiden Seiten. Er forderte sie auf, einander zu vergeben und sich miteinander zu versöhnen: *„Kommt zusammen, räumt die Differenzen aus und arbeitet wieder zusammen. Tut es euren Kindern zuliebe.“*

Mit dem Hubschrauber flog Krause weiter nach Wabag, wo er als Gast von Bischof Piso die Lutherische Gutnius-Kirche besuchte, die ebenfalls wie die ELC-PNG Mitglied im Lutherischen Weltbund ist. Er war sehr beeindruckt von der Lebendigkeit der Kirche: *„Papua Neuguinea ist ein unendlich schönes Land mit einer unglaublichen Gastfreundschaft“.* *(PC 19.04., 25.04., The National 19.04., 25.04.02, Lutherische-Weltinformation 27.04.02)*

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Wallfahrt zum Grab von ToRot

Gläubige aus Port Moresby und Madang werden am 7. Juli zum Grab des heiliggesprochenen Märtyrers Peter ToRot nach Rakunai, das sich in der Nähe von Rabaul (Ost-Neubritannien) befindet, pilgern. Während der Gefangenschaft der katholischen Priester im Zweiten Weltkrieg durch die Besatzungsmacht Japan versorgte der Katechet ToRot die Gemeinde in Rakunai. Er hielt die Messe, taufte, traute und gab den Sterbenden die letzte Ölung. Daraufhin wurde er von den Japanern in Ramele inhaftiert, wo er an den Folgen der Gefangenschaft verstarb. Die Veranstalter erhoffen sich durch die Wallfahrt auch wirtschaftliche Verbesserungen für die Bevölkerung. (Wantok 25.04.02)

Medizin-Frauen

Einen Monat lang wurden vierundzwanzig sogenannte Medizin-Frauen (marasin meri) erfolgreich in Angoram (Ostsepeik) ausgebildet. Sie verrichten in ihren Dörfern freiwillige Gesundheitsdienste an Frauen und Müttern. Die Materialien wurden von der Nazarener-Kirche erstellt und sollen im ganzen Land verbreitet werden. (The National 04.04.02)

Bischöfe gegen kandidierende Priester

Die Katholische Bischofskonferenz von PNG und den Salomonen hat die Entscheidung von fünf katholischen Priestern, bei der im Juni stattfindenden Nationalen Wahl zu kandidieren, verurteilt. Das Kirchengesetz verbietet es Klerikern, ein politisches Amt zu übernehmen. Jeder nominierte Priester werde von seinem Amt suspendiert. Bischof Stephen Rei-

chert forderte die Kandidaten auf, sich von der Politik zurückzuziehen und in ihr ursprüngliches Amt zurückzukehren. „Die Aufgabe der Ordinierten ist es, der Kirche zu dienen und die Gemeinde zu erbauen. Priester und Diakone sind Diener der Einheit und Versöhnung“, so der Bischof. Die Trennung von Kirche und Staat befähige die Kirche, ihre wirkliche Aufgabe zu erfüllen und mit prophetischer Stimme das Wort Gottes allen Menschen zu verkünden, statt einer einzelnen Freundesgruppe zu dienen. (PC 29.04.02)

Ordensschwester in Afrika

Schwester Pauline Dilon vom OLSH-Orden (Daughters of our Lady of Sacred Heart) wird für drei Jahre unter Aids-Kranken in Kurisanani in der Diözese Tzaneen im Norden Südafrikas arbeiten. Sie möchte besonders den Sterbenden nahe sein. „Ich möchte Kranke betreuen, besonders aber die Ärmsten unter den Armen“, so Schwester Pauline. (PC 29.04.02)

MAF-Piloten helfen Kaffee-Bauern

Bis zu 90 Tonnen Kaffee monatlich werden von der Missionary Aviation Fellowship (MAF) von abgelegenen Flugpisten in die Zentren des Landes geflogen. Oft ist Kaffee der einzige Verdienst dieser Menschen, die stark unter der wirtschaftlichen Rezession leiden. Volkher Jakobsen ist einer der Piloten, die durch ihren selbstlosen Einsatz den im „Busch“ lebenden Menschen helfen, auch ein wenig an den „Segnungen der Zivilisation“ teilzuhaben. Mit Frau Christina, Tochter Lucia und Sohn Vincent lebt er in Mount Hagen. (Eigener Bericht)

Katholische Diözese hilft Grenzgängern

Ungefähr eine Mio. Kina hat die Diözese Vanimo für 400 Flüchtlinge aus Westpapua ausgegeben, die im Dezember 2000 nach Papua-Neuguinea geflüchtet waren. Aus Angst vor Repressalien weigerten sie sich nach Westpapua, das zu Indonesien gehört, zurückzukehren. Die „Grenzgänger“ haben sich inzwischen Häuser gebaut und Gärten angelegt. Über ihren Flüchtlingsstatus wird noch zwischen der PNG-Regierung und den Vereinten Nationen verhandelt. (PC 16.05.02)

Standhafte Gesundheitsarbeiter

Gesundheitskoordinator Suli Gayani teilte auf der Kirchlich-Medizinischen-Konferenz in Port Moresby mit, dass acht kirchliche Gesundheitsposten trotz Stammeskämpfen und anderen Schwierigkeiten ihre Arbeit im Südlichen Hochland fortgesetzt haben, während andere Helfer sie einstellten. Die Lutherische Kirche unterhält 23 medizinische Versorgungseinrichtungen in dieser Provinz. (PC 09.05.02)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Westpapua

Innerer Friede bedroht

Nach Meinung der „Papuanischen Stammesältesten“ ist der Friede in der indonesischen Provinz Westpapua bedroht. Die militante moslemische „Laskar-Jihad-Gruppe“ trage zur Unsicherheit bei. Die militärischen Aktivisten, die aus Java stammen, kamen über die Molukken und Zentral-Sulawesi nach Papua. In Sulawesi waren

sie in die Kämpfe zwischen Muslimen und Christen verwickelt, bei denen Tausende von Menschen getötet wurden. In Sorong kamen Kirchenführer, Stammesälteste und Jugendführer zusammen, um die ernste Lage zu diskutieren. Sie sprachen sich gegen die Anwesenheit der „Jihad-Kämpfer“ aus. Sie begründeten ihren Beschluss damit, dass sie gegen Gruppen und Organisatoren seien, die Konflikte schürten und zum Kämpfen aufforderten. Sie erklärten: *„Alle friedliebenden Menschen, ganz gleich welcher Kultur, Religion und Rasse sie angehörten, sind in Westpapua willkommen, aber nicht solche, die in böser Absicht kommen. Wir sind aber gegen alle, die die zwischenreligiöse Harmonie und Ko-Existenz in Sorong und anderen Teilen des Landes provozieren und zerstören.“* (Neles Nebay, San Paolo Apostolo Rom, ohne Datum)

Franziskaner und Dominikaner fordern Achtung der Menschenrechte

Die Wahrung der Menschenrechte in Westpapua wurde von der „Internationale der Franziskaner und Dominikaner für Gerechtigkeit und Frieden (Justitia et Pax)“ verlangt, einer Organisation der Ordensfamilien, die an der UNO in Genf vertreten ist. Bei seiner Intervention während der 58. Sitzung der UNO-Menschenrechtskommission, so berichtet die Missionsagentur Misna, hat der holländische Missionsfranziskaner Pater Theo van den Broek darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung dieser Provinz *„die vernachlässigste und am meisten leidende in Indonesien ist“*. (ZENIT.org Genf 16.04.02)

Australien

Entschuldigung für sexuellen Missbrauch

Die Anglikanische Kirche Australiens hat sich bei den Opfern, die sexuell missbraucht wurden, entschuldigt. Daneben will die Kirche Wiedergutmachung leisten. Erzbischof Peter Carnley veröffentlichte die Erklärung. (National Australia 18.03.02)

Lutherische Himmelskunst

Die australische Künstlerin Pene Kulitja, ein Mitglied der Lutherischen Gemeinde Mutitjulu am Ayers Rock (Zentralaustralien), hat im Auftrag der australischen Fluggesellschaft Qantas die Bemalung für das neueste Flugzeug, eine Boeing 737-800, im traditionellen Punkte-Strich-Malstil (*Dot-painting*) der Aborigines (Ureinwohner Australiens) entworfen. Durch die eindrucksvolle Gestaltung kann die Maschine auf den Flughäfen kaum übersehen werden. Durch diese Aufgabe wurde die Künstlerin ermutigt, ihren Glauben durch Farben auszudrücken. (The Lutheran 29.04.02)

Hongkong/ Philippinen

Evangelisch-Lutherische Kirche im Wachstum

Unter der Leitung der wiedergewählten Präsidentin Josephine Tso und dem Vizepräsidenten Dr. Niklas Tai hat die Zahl der Kirchenmitglieder in Hongkong wieder zugenommen. Durch die Eingliederung Hongkongs in China 1997 kam es zu einer verstärkten Auswanderung in die USA und Kanada. Das hatte zur Folge, dass auch die Mitgliedschaft in der ELC-Hongkong geringer wurde. Heute gibt es wieder 10.065 Christen in der Stadt. Zur Zeit liegt das Durchschnittsalter bei

etwa 40 Jahren. Durch Jugendarbeit und Fortbildungsprogramme für ehrenamtliche Gemeindeglieder soll es gesenkt werden. Zur Zeit arbeiten 40 Pfarrer, 19 Pfarrerrinnen, 9 Evangelisten, 23 Evangelistinnen und 15 MissionarInnen, unter ihnen Pfr. Dr. Karl-Hermann Mühlhaus (MWB). Für Dr. Mühlhaus, der in den Ruhestand tritt, wird Pfr. Dr. Jochen Teuffel in Hongkong weiterarbeiten. Das Gabenaufkommen beträgt HK\$ 41 Millionen. Das sind ungefähr 6,2 Mio. Euro. (eigene Meldung)

Kontakte zwischen ELC-PNG und LCP

Der Wunsch, Kontakte zwischen den beiden Kirchen von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) und den Philippinen (LCP, Lutherische Kirche in den Philippinen) herzustellen, ist in Erfüllung gegangen. Seit 2001 studiert ein philippinischer Student am Martin-Luther-Seminar in Lae (PNG). In diesem Jahr haben zwei weitere Studenten das Theologiestudium in Lae begonnen.

Präsident Benjamin Lasegan von der LCP besuchte im Januar die Synode der ELC-PNG und traf sich mit Bischof Dr. Wesley Kigasung, um weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Region zu besprechen. Dies und der Aufbau des Concordia-Seminars in San Juan sind für die lutherischen Christen in den Philippinen ein ermutigendes Zeichen. (eigene Meldung)

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

11.000 US-Opfer durch Atomtests

1998 hatte der Senat der USA das Gesundheitsministerium (Department of Health and Human Services) um einen Bericht zur Überprüfung der Langzeitfolgen von Atomtestversuchen auf amerikanische Bürger seit 1951 gebeten. Dieser Bericht wurde vom Nationalen Seuchenzentrum (Center for Disease Control and Prevention) und dem Nationalen Krebsinstitut im August 2001 fertiggestellt und Ende Februar 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die bisher unter Verschluss gehaltene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass durch die Folgen der radioaktiven Strahlung 11.000 Amerikaner in der Zeit von 1951 bis 2001 gestorben sind.

Die Studie untersuchte die durch oberirdische Atomtests hervorgerufene radioaktive Strahlung im Staatsgebiet der USA. Sie zog dabei nur die in der Zeit von 1951 bis 1963 durchgeführten Tests in Betracht. In dieser Zeit wurden 390 Atombomben gezündet, 205 durch die Amerikaner, 160 durch die ehemalige Sowjetunion, 21 durch die Briten und vier durch die Franzosen. In ihrem Bericht kommen die Wissenschaftler zu der Schlussfolgerung, dass US-Gebiete stärker als bisher angenommen von den Atomwaffentests in der Sowjetunion und dem Pazifik (Marshall Islands, Johnston Atoll, Christmas Island) betroffen waren. Bislang ging man von einer Strahlenbelastung der US-Bürger nur durch die Tests in der Wüste von Nevada (USA) aus. Die Studie macht die Strahlenbelastung für 11.000 Todesfälle von US-Bürgern in den letzten 50 Jahren verantwortlich. 550 Fälle des Blutkrebses Leukämie und 2.500 Erkrankungen der Schilddrüse (Schilddrüsenkrebs) wurden den Tests zugeschrieben. Weitere 22.000 Personen sind an nicht-tödlichen Krankheiten, die unmittelbar auf

radioaktive Strahlung zurückzuführen sind, erkrankt.

In dem Bericht heißt es, dass jede seit 1951 in den USA lebende Person von dem radioaktiven fall-out der Tests betroffen war: *„Any person living in the contiguous USA since 1951 has been exposed to radioactive fallout, and all organs and tissues of the body have received some radiation exposure.“* (Hinweis aus der Redaktion: Die Studie ist im Internet unter <http://www.cdc.gov/nceh/radiation/fallout/report.pdf>. Weitere Quellen: www.cdc.gov/, FR 01.03., New Scientist 01.03., IEEER Presseerklärung 28.02.02)

Freihandelsabkommen geschlossen

Zehn Mitgliedsstaaten des Pacific Islands Forum sind mit zwei Freihandelsabkommen einverstanden. Das *Pacific Island Countries Trade Agreement* (PICTA) und das *Pacific Agreement on Closer Economic Relations* (PACER) sollen den inner-pazifischen Handel erleichtern. Sie sollen im August des Jahres in Kraft treten bzw. dann, wenn sechs (PICTA) und acht (PACER) der Mitgliedsländer die Abkommen ratifiziert haben. Bisher haben vier Länder PICTA ratifiziert. Das PACER-Abkommen schließt alle 16 Mitgliedsländer (incl. Australien und Neuseeland) des Forums ein, PICTA nur 14. PICTA bezieht sich auf die Einrichtung einer Freihandelszone. Australien und Neuseeland werden erst zehn Jahre nach der erfolgreichen Implementierung von PICTA in die Freihandelszone aufgenommen. Das Abkommen soll dazu dienen, Verbraucherpreise durch den Wegfall der Einfuhrzölle zu verringern und gleichzeitig das Warenangebot zu vergrößern. Die Liberalisierung des Handels bezieht sich vorerst nicht auf Alkohol und Zigaretten.

Das *Pacific Network on Globalisation* (PANG) hat die Handelsabkommen kritisiert. Sie würden die pazifischen Länder in noch größere wirtschaftliche Abhängigkeit von den „global players“ stürzen und die Einfuhr von Waren aus Übersee fördern, statt sich auf lokale Produkte zu stützen. PICTA und PACER würden den Pazifik enger in die Welthandelsorganisation WTO einbinden, diese Form der Globalisierung hätte nicht unbedingt Vorteile, hieß es seitens PANG. Forumssekretär Noel Levi wies die Kritik zurück. Der soziale Einfluss von PICTA falle minimal aus, da der inner-pazifische Handel zwischen den Mitgliedsländern nur 4% des gesamten Außenhandels ausmache. Vorteile der Freihandelsabkommen seien höhere Beschäftigungszahlen, ein höherer Warenexport, eine qualitativ bessere Ware und ein höheres Investitionsaufkommen. (PNG Business März 02, PNB 02/02, 03/02, pacnews 13.02.02, Independent 22.03.02, PIANGO Monthly 2/02)

Diskussion um Kava hält an

Die amerikanische „Food and Drug Administration“ (FDA) hat vor einem übermäßigen Konsum von Kava (lat. *Piper methysticum*) gewarnt. Leberschäden könnten nicht ausgeschlossen werden. Die FDA untersucht zur Zeit 38 Krankheitsfälle. In Kanada und Australien wurden Verbraucher aufgerufen, bis auf weiteres keine Kava-Produkte mehr zu kaufen. Der Verkauf in Apotheken wurde in der Schweiz, Frankreich, Neukaledonien und England ausgesetzt.

In Deutschland prüft zur Zeit die Kommission E des BfArM (Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte) den Fall. Zu ihren Aufgaben gehört die Mitwirkung bei der Bewertung von neuen pflanzlichen Arzneimitteln, die der automatischen

Verschreibungspflicht unterliegen. Eine Aufgabe ist auch die Mitwirkung bei der Bewertung von pflanzlichen Arzneimitteln in der Nachzulassung, zu denen das BfArM eine Versagung der Nachzulassung aussprechen muss, da keine oder keine ausreichenden Unterlagen zur Wirksamkeit oder Unbedenklichkeit vom Hersteller vorgelegt wurden. Auch zu grundsätzlichen Fragen der medizinischen Bewertung pflanzlicher Arzneimittel wird die Kommission gehört.

Das BfArM informierte die Kommission über den aktuellen Stand des Stufenplanverfahrens zu Arzneimitteln mit Kava-Kava-Zubereitungen. Die von den pharmazeutischen Unternehmen eingereichten Studien und Unterlagen werden gerade bewertet. Die Kommission hält die Durchführung von Fall-Kontroll-Studien zur weiteren Abklärung des Risikos von Leberschäden durch Kava-Kava-Zubereitungen für wünschenswert. Die vom Sachverständigenausschuss für Verschreibungspflicht empfohlene Unterstellung entsprechender Zubereitungen unter die Verschreibungspflicht wurde begrüßt. Gleichzeitig hat die Kommission die therapeutische Bedeutung von Kava-Kava-Zubereitungen in der Phytotherapie betont. Sie hält es für erforderlich, dass Arzt und Patient in der Gebrauchsinformation über mögliche Risiken und Gegenanzeigen detailliert informiert werden. Der Pharmakonzern Merck hatte im vergangenen Jahr zwei verschreibungsfreie Kava-Präparate aus dem Verkauf genommen.

Die Diskussion um die mögliche leberschädigende Wirkung des „Getränks der Götter“ hat zu hohen Exporteinbußen bei den Kava-exportierenden Ländern Hawai'i, Fidschi, Samoa und Vanuatu geführt. Der Preis für ein englisches Pfund getrockneter Kava-Wurzeln fiel von 9

US \$ auf 1 US \$. Im Pazifik wurde jährlich Kava in Höhe von 200 Mio. US Dollar produziert. (*Independent* 04.04.02, *Reuters* 07.05.02, *PNB* 1/02, www.bfarm.de/de_ver/verschied/vortraege/KommissionE0203-1Internet.pdf, www.salon.com)

Erneuerbare Energien: Projekt auf Niue

Die Insel Niue ist von der „Global Sustainable Energy Island Initiative“ (GSEII) zum Pilotprojekt erkoren worden. Der Drei-Jahres-Plan zur Gewinnung erneuerbarer Energien sieht den Aufbau und die Inbetriebnahme von Windkraftwerken, Photovoltaikanlagen, Biomasseanlagen, Windturbinen und Solarkraftwerken vor. Tom Roper von der GSEII sagte im Rahmen eines Workshops zu Klimawandel und globaler Erwärmung, der Gewinn erneuerbarer Energien sei unerlässlich für die zukünftige Entwicklung der Inselstaaten, die am ehesten von den Folgen des Klimawandels betroffen seien. (*Pazifik Niue* 08.03.02, www.sidsnet.org/docshare/energy/GSEII_Brochure.pdf)

Deutsche Exporte auf Rekordniveau

Die deutsche Wirtschaft hat ihre Ausfuhren in die asiatisch-pazifische Region im Jahr 2001 auf den neuen Rekordwert von 56,7 Mrd. Euro gesteigert. Damit nahm der Außenhandel mit der Region um knapp 7% zu. Im vergangenen Jahr entfielen auf die Region Asien-Pazifik 11% des gesamten deutschen Außenhandels. Einen Zuwachs von 28% hat der Außenhandel mit China zu verzeichnen. Auch mit anderen Ländern konnten beachtliche Steigerungsraten erreicht werden. Im Vergleich zu 2000 wuchsen die deutschen Exporte nach Indonesien und die Philippinen um jeweils 20%, nach Neuseeland um 19%, nach Thailand um 18% und nach Malaysia um 16%.

(*Presserklärung des Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft* 27.03.02)

OSTTIMOR UND WESTPAPUA

Gusmão führt in die Unabhängigkeit

Xanana Gusmão hat am 14. April die Wahl zum Präsidenten des am 20. Mai unabhängig gewordenen Staates Timor Loro Sae (Land der aufgehenden Sonne) mit 82,7% aller Wählerstimmen gewonnen. Einziger Gegenkandidat war der 66-jährige Francisco Xavier do Amaral, der vor der Wahl verkündet hatte, er würde „seinem Freund Xanana den Wahlsieg aus vollem Herzen“ gönnen. Amaral erreichte 17,3% der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 86,3%.

Organisiert und durchgeführt wurde die Wahl von der Unabhängigen Wahlkommission der UN-Übergangsverwaltung.

1.817 nationale und 375 internationale Wahlbeobachter hatten überprüft, ob die Wahlen geheim, fair und frei stattfanden. Sie äußerten sich zufrieden über den Hergang, die Wahlen wurden als friedlich und rechtmäßig eingestuft.

Maßgeblich zur Wiederherstellung der Ordnung nach den Unruhen unmittelbar nach dem Unabhängigkeitsreferendum vom August 1999 beigetragen hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNTAET), unter dessen Mandat das Land bis Mitte Mai stand.

Xanana Gusmão konnte sich trotz Protesten der führenden

Partei FRETILIN durchsetzen. Er wurde am 19. Mai kurz vor Mitternacht von dem UN-Beauftragten der Übergangsregierung, Sergio Vieira de Mello, in sein Amt eingeschworen. Bei der feierlichen Zeremonie wurde die Fahne der Vereinten Nationen gegen die rot-gelb-schwarz-weiße Flagge der „Demokratischen Republik von Osttimor“ ausgetauscht.

Bereits zwei Monate vor der Präsidentenwahl hatte die Verfassungsgebende Versammlung eine demokratische Verfassung für Osttimor erlassen. Das 170 Artikel umfassende Dokument sieht als Staatsform eine Republik mit einem Präsidenten als Oberhaupt vor. Die Regierung wird von einem Ministerpräsidenten (Mari Alkatiri) geführt, der vom Parlament bestimmt wird. In der Verfassung wird ausdrücklich die Informations-, Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit benannt. Während der Zeit der indonesischen Besatzung von 1975 bis 1999 galt diese nur eingeschränkt.

Die nach den Unruhen 1999 geflohenen Menschen kehren zur Zeit nach Osttimor zurück. 55.000 Menschen befinden sich noch im Ausland. Die nationalen Militär- und Polizeikräfte sind im Aufbau. Für weitere Unterstützung wird in den nächsten zwei Jahren eine nachfolgende Friedenssicherungspräsenz der Vereinten Nationen sorgen. Die UN wird die Osttimoresen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Recht und Ordnung unterstützen. Die internationale Gemeinschaft hat dem neuen Staat mit seinen rund 700.000 Einwohnern für die kommenden drei Jahre 440 Mio. US Dollar Aufbauhilfe zugesagt.

UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte in seiner Rede anlässlich der Unabhängigkeit: *„Ein stolzes und unbeugsames Volk wird den Traum aller Völker verwirklichen - als freie Männer*

und Frauen unter einer Regierung ihrer eigenen Wahl zu leben.“

Osttimor war 400 Jahre lang portugiesische Kolonie, bevor es 1975 von Indonesien besetzt wurde. Die Einwohner sind mehrheitlich katholisch und zum Großteil Kleinbauern. Osttimor ist das ärmste Land Südostasiens. Große Hoffnungen ruhen auf der gemeinsam mit Nachbarland Australien geplanten Ausbeutung der Ölvorkommen in der Timor-See. Ministerpräsident Alkatiri unterzeichnete ein Abkommen mit Australien, das Osttimor 90% der Einnahmen aus der Ausbeutung sichern soll.

Hintergrund: Die FRETILIN (Abkürzung für Portugiesisch *Frente Revolucionário do Timor-Leste Independente*, Revolutionäre Front für ein unabhängiges Osttimor) entstand in den 70er Jahren unter der Führung von Xavier do Amaral, N. Lobato und José Ramos-Horta als Befreiungsbewegung. Sie proklamierte am 28.11.1975 die Unabhängigkeit Osttimors, das jedoch von Indonesien annektiert und zur indonesischen Provinz erklärt wurde. Trotz der indonesischen Repressionen setzte die Fretilin den Unabhängigkeitskampf fort. José Ramos-Horta erhielt 1996 den Friedensnobelpreis zuerkannt. Die Fretilin gewann 2001 die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung. Der langjährige Fretilin-Führer Gusmão wurde dann 2002 zum ersten Präsidenten eines freien Osttimors gewählt.

José Alexandre Gusmão wurde am 20.6.1946 in Laleia, Manatuto/Osttimor geboren. Er war ab 1974 Mitglied der Sozialen Demokratischen Partei (ASDT), später der FRETILIN. Nach der Ermordung zahlreicher Führer der FRETILIN durch die indonesischen Besetzer übernahm Gusmão 1979 die Führung des militärischen Flügels FALINTIL.

1981 wählte der Kongress in Osttimor Gusmão zum neuen Präsidenten. 1993 verurteilte das indonesische Militär ihn wegen Subversion zu einer lebenslangen Haftstrafe, die 1994 auf internationalen politischen Druck in 20 Jahre Freiheitsentzug umgewandelt wurde. 1999 kam Gusmão frei. (FR 23.03.02, SMH 17.04.02, www.undp.east-timor.org, Rede von Kofi Annan am 13.Mai 2002, www.wissen.de, epd 21.05.02)

Prozesse eröffnet

In der indonesischen Hauptstadt Jakarta sind Mitte März die Prozesse wegen der Gräueltaten in Osttimor zur Zeit des Unabhängigkeitsreferendums im August 1999 eröffnet worden. Vor dem zu diesem Zweck eingerichteten Tribunal sagte als erster der frühere Gouverneur von Osttimor, Abilio Jose Soares, aus. Vor dem Tribunal müssen sich 18 Regierungsbeamte und Militärs verantworten, darunter auch der damalige Polizeichef der Provinz Osttimor, Timbul Silaen. Die Militärs sind angeklagt, in der Zeit nach dem Referendum schwere Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben bzw. nichts unternommen zu haben, um diese zu verhindern. Der Ex-Gouverneur Soares habe etwa tatenlos hingegenommen, dass seine Untergebenen am 6. September 1999 eine Kirche, in der gerade ein Gottesdienst stattfand, niedergebrannt hatten. Dabei waren 100 Menschen umgekommen.

Nach dem Unabhängigkeitsreferendum vom 30. August 1999 hatten pro-indonesische Milizen aus Protest gegen das Votum der Einwohner für die Unabhängigkeit des Landes bis zu tausend Menschen willkürlich getötet sowie Hunderttausende in die Flucht ins benachbarte Westtimor getrieben.

Die Einrichtung des Tribunals nach Art der Wahrheitskommission von Südafrika hatte sich

trotz wiederholter Mahnungen der internationalen Gemeinschaft verzögert. Erst Anfang März unterzeichnete die indonesische Präsidentin Megawati Sukarnoputri die Programme zum Zeugenschutz und zur Zahlung von Wiedergutmachungen.

Das Tribunal besteht aus zwölf Richtern und zwölf anderen Juristen. Die Prozesse werden circa vier Monate dauern. (epd 14.03., Jakarta Post 14.03., Jungle World 24.04.02)

Kooperation vereinbart

Die Polizei der Länder Osttimor, Indonesien und Australien traf sich Ende April zu den ersten trilateralen Sicherheitsgesprächen. Das Treffen war von der UN-Übergangsregierung von Osttimor, der United Nations Transitional Administration, initiiert worden. Sicherheitsexperten der Vereinten Nationen nahmen an den Gesprächen teil. Für die drei Themenbereiche (1) grenzübergreifende Verbrechen, (2) Drogenschmuggel und (3) illegaler Menschenhandel vereinbarten die Polizeikräfte für die erste Zeit nach Beendigung des UN-Engagement im neuen Staat Timor Loro Sae eine enge Zusammenarbeit. (UN News Centre 24.04.02)

Laskar Jihad in Westpapua

Die radikale Vereinigung *Laskar Jihad* (Soldaten des heiligen Krieges) hat Mitglieder per Schiff von den Molukken und aus Aceh nach Westpapua entsandt. Sprecher Ayip Syafrudin erklärte, die Laskar Jihad wolle ihr Einzugsgebiet auch auf die Provinz Papua ausweiten, dafür habe man bereits sechs Büros, u.a. in den Städten Sorong, Manokwari, Nabire und Fak Fak, gegründet. Ziel der Expansion sei nach eigen-

nen Angaben die Missionierung (*da'wa*) und Wohltätigkeitsarbeit. Vertreter christlicher Kirchen und Angehörige von Menschenrechtsorganisationen betrachteten den Zuzug der Laskar Jihad mit Argwohn. Sie befürchten, dass die Soldaten die Stimmung zwischen Christen und Muslimen aufheizen und zu einem Kampf zwischen den Religionen aufrufen wollen. Zwei Mitglieder wurden bereits wegen illegalen Waffenbesitzes von der Polizei verhaftet.

Die Gruppe Laskar Jihad war Ende 1999 von islamischen Extremisten in Java gegründet worden als Antwort auf Kämpfe zwischen Christen und Muslimen in den nördlichen Molukken. Anführer der Gruppe ist der 38-jährige Religionsgelehrte Ja'far Umar Thahib. Seinen Angaben zufolge hat die Laskar Jihad 10.000 Mitglieder, 2.000 davon haben eine militärische Ausbildung. Rund 3.000 von ihnen sollen sich zur Zeit in Westpapua aufhalten. (Joyo Indonesian News 10.03., 15.04.02, Australia Westpapua Association 12.03., Jakarta Post 18.04.02)

VANUATU

Wahlergebnisse

Anfang Mai wurde in Vanuatu ein neues Parlament gewählt. Dabei erhielten die beiden großen Parteien des Landes, die *Vanua'aku Pati* (VP, britisch geprägt) und die *Union of Moderate Parties* (UMP, französisch geprägt), beinahe gleich viele Sitze im Parlament. Die UMP kam auf 15 Sitze, die VP auf 14. Die *National United Pati* (NUP) erlangte acht Sitze. Nach dem unbefriedigenden Wahlergebnis trat der Präsident und langjährige Sponsor der NUP, der vietnamesische Ge-

schäftsmann Dinh Van Than, von seinem Posten zurück. In das Einkammerparlament mit 52 Sitzen wurde nur eine Frau gewählt.

Edward Natapei von der VP bleibt Premierminister. Er war nach einem Misstrauensvotum gegen seinen Vorgänger Barak Sope am 16. April 2001 mit 52:27 Stimmen zum Premier gewählt worden. Sein Stellvertreter und Koalitionspartner ist Serge Vohor von der UMP. Beide hatten sich vor der Wahl geeinigt, dass die Partei mit den meisten Parlamentssitzen den Premierminister bestimmen dürfe. Die Verteilung der 13 Ministerämter erfolgt in einem Verhältnis von sieben (VP) zu sechs (UMP). Finanzminister Joe Calo wurde nicht wieder gewählt. Sein Amt soll von einem Mitglied der Vanua'aku Pati übernommen werden.

Die Republik Vanuatu (engl. 'country that stands up') wurde am 30. Juli 1980 unabhängig. Staatschef ist seit dem 25. März 1999 Father John Bani. (Email Hans Schmidt 18.05.02, Pacific Islands Encyclopedia, CIA World Factbook, Flash d'Océanie 22.05., pacnews 23.05.02)

FIDSCHI

ADB vergibt Darlehen

Die Asian Development Bank (ADB) hat Fidschi Anfang März ein auf 25 Jahre angelegtes Darlehen über 16,8 Mio. US Dollar zum Ausbau der beiden Häfen von Suva und Lautoka bewilligt. Fidschi verfügt über vier große Häfen. Suva ist der internationale Hafen, in dem die Containerschiffe anlegen. Dieser Hafen wurde 1963 erbaut und 1979 schon einmal mit Mitteln der ADB erweitert und renoviert. Von Lautoka aus erfolgt der Export der Rohstoffe

wie Zucker, Molasse und Holz. Hier sollen die Werft und die Lagermöglichkeiten ausgebaut werden, da der Export von Mineralwasser in die USA (s. folgender Artikel) und Tierfutter in den Mittleren Osten in den letzten Jahren rapide angestiegen ist. Die Hafenbehörde Fidschis (Maritime and Ports Authority) beteiligt sich an den Erneuerungsarbeiten in den beiden Häfen mit einer Summe von 15,46 Mio. US Dollar.

Die ADB ist eine multilaterale Finanzinstitution der Entwicklungshilfe. Ziel ist die Verringerung der Armut in Asien und dem Pazifik. Die ADB wurde 1966 gegründet, sie hat heute 59 Mitgliedsländer. Hauptquartier ist Manila. In den 21 Büros im asiatisch-pazifischen Raum arbeiten 2.000 Angestellte aus 50 Ländern. (www.adb.org, ADB Presseerklärung 05.03.02)

Fiji Wasser auf Tonga

Der Getränkehersteller „Natural Waters of Viti“ hat erstmals 30.500 Flaschen des Mineralwassers „Fiji Water“ an das pazifische Nachbarland Tonga verkauft. Das prestigeträchtige Wasser wurde bislang nur in 44 amerikanischen Staaten vertrieben und brachte Fidschi jährlich Einnahmen in Höhe von 51 Mio. US Dollar. Nach seiner Markteinführung wurde Fiji Water in der Winterausgabe 2000 des Forbes Magazins auf Platz 11 der Dinge gewählt, die „jeden Penny wert seien“. In 2001 hat der Getränkekonzern 85 Millionen Flaschen in die USA exportiert. Generalmanager Ian Lincoln sagte, mit der geplanten Erhöhung der Produktion von momentan 10.000 auf 25.000 Flaschen stündlich, könnten auch andere Märkte (z.B. England) in Betracht gezogen werden. Lincoln gab nicht bekannt, ob Fiji Water zukünftig in andere pazifische

Länder verkauft wird. (*pacnews* 17.05.02, www.fijiwater.com)

Stockstrafe verboten

Die Menschenrechtskommission von Fidschi hat vor dem Gericht von Lautoka erfolgreich erwirkt, dass die Züchtigung von Studenten/Schülern und Häftlingen mit Rohr- oder Bambusstöcken verboten wird. Richter Jayant Prakash sagte in seinem Urteil, die körperliche Züchtigung mit Stöcken widerspricht Artikel 25, Absatz 1 der Verfassung, in der es heißt, „*jeder Mensch hat das Recht, weder physisch, mental noch emotional gefoltert zu werden*“. In der Urteilsbegründung heißt es weiter, das Schlagen mit Rohrstöcken sei grausam und unmenschlich. Bisher war es in Fidschi üblich, Strafen in Form von Stockschlägen zu erteilen. Dies geschah auch an den Schulen bei Ungehorsam der Schüler. (*Pasifik Nius* 23.03.02)

SALOMONEN

Kemakeza übersteht Misstrauensvotum

Der Premierminister der Salomon-Inseln, Sir Allan Kemakeza, ist in letzter Minute einem Misstrauensvotum entgangen. Oppositionsführer Patterson Oti hatte das Votum in einer Parlamentsdebatte eingebracht und nach sechsstündiger Diskussion zurückgezogen. Die Diskussion führte bei der Opposition zu der Erkenntnis, dass sich keine überwiegende Mehrheit für das Misstrauensvotum gegen den seit fünf Monaten amtierenden Premier finden lassen würde. Sir Kemakeza wurde bei den Wahlen im vergangenen Dezember zum Premierminister

ernannt. Nach den dreijährigen Auseinandersetzungen (1998 – 2001) zwischen der Malaita Eagle Force und dem Isatabu Freedom Movement liegt die Wirtschaft brach, das Land ist pleite. Kemakeza und seine Regierung haben einen Vierjahresplan erarbeitet, um die Salomonen politisch und wirtschaftlich wieder auf Kurs zu bringen. Oberste Priorität genießt die Abgabe aller Waffen der ehemaligen Kämpfer und die Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Die Opposition warf Kemakeza vor, er instrumentalisieren ehemalige Kämpfer, die mit Hilfe ihrer Waffen jeden politischen Widerstand im Keim ersticken würden.

Dem Misstrauensvotum vorausgegangen war eine Initiative des Finanzministers Michael Maina, der den Salomon-Dollar zur Rettung der Finanzmisere um 25% abgewertet hatte. Maina war daraufhin von Kemakeza seines Amtes enthoben worden. Der neu ernannte Laurie Chan machte die Entscheidung zur Abwertung des Dollar rückgängig. (*Pacnews* 05.04., *Solomon Islands News* 18.04.02)

HAWAI'I

Gefahr durch Kilauea

Im Fachmagazin *Nature* haben der Geologe Peter Cervelli und seine Kollegen von der Vulkanbeobachtungsstation der Uni Hawai'i vor einer drohenden Hangrutschung des Vulkans Kilauea gewarnt. Ein Hang des Vulkans könnte der Studie zufolge in den Pazifik stürzen und eine Riesenwelle (Tsunami) auslösen. Die Welle würde sich ringförmig ausbreiten und die Pazifikküsten von Nord- bis Südamerika und von Japan bis

Australien erreichen. Die bis zu 30 Meter hohen und bis zu 750 Kilometer langen Wellen könnten schwere Verwüstungen anrichten. Der Tsunami pflanzt sich auf offener See mit der Geschwindigkeit eines Düsenjets fort. Bekommt die Welle, die auf dem Meer kaum erkennbar ist, Bodenkontakt, wird sie gestaucht, es entsteht eine Tunnelwand, die weite Küstengebiete zerstören kann.

Die Studie der Wissenschaftler beruht auf Aufzeichnungen von 20 Geräten des Global Positioning Systems (GPS), die auf der südlichen Vulkanflanke des Kilauea stationiert sind und ständig die Erdbewegungen registrieren. Im November 2000 verzeichneten die Instrumente die Bewegung eines etwa 200 Quadratkilometer großen Areals am Hang. Das Stück von der Größe Fehmarns bewegte sich mit „Überschallgeschwindigkeit“ vorwärts, nämlich mit sechs Zentimetern pro Tag. Ausgelöst haben könnte die Rutschung ein schwaches, an der Erdoberfläche kaum spürbares, Seebeben, oder auch starke Regenfälle. Eine gewaltige Erdmasse rutschte daraufhin auf einer Gleitfläche in 4,5 Kilometern Tiefe hangabwärts. Diese Gleitfläche dehnte sich bis an den Rand des Vulkans aus, so dass der Weg ins Meer für einen Erdbeben frei wäre. Hinweise, dass die Vulkanflanke nun endgültig abrutschen könnte, liefert die Studie nicht. Möglich ist, dass die Rutschmasse zum Stillstand kommt oder in viele kleine Teile zerbricht. Kleine Gerölllawinen lösen keinen Tsunami aus. (www.nature.com, Nürnberger Nachrichten 19.04.02)

**COOK, SAMOA,
NAURU, NIUE**

Diabetes-Tests auf Cook?

Die Pacific Islands Broadcasting Association, eine pazifische Presseagentur (vgl. Pacnews), vermeldete Anfang März, der neuseeländische Pharmakonzern Diatranz erwäge Experimente mit Zellen von Hausschweinen auf den Cook-Inseln. Angeblich sollten 24 Versuchspersonen lebende Schweinezellen injiziert werden. Ziel des Projekts sei es, ein Medikament zur Behandlung der unter Cook-Insulanern besonders häufigen Diabetes zu finden. Haupttodesursache auf den Cook-Inseln ist, vor allem bei Kindern, Diabetes Mellitus des Typs 1.

In den Nachrichten hieß es weiter, Premierminister Dr. Robert Woonton und sein Kabinett hätten den Experimenten „im Prinzip“ bereits zugestimmt. Diatranz hat sich weder auf seiner homepage noch in anderen Medien öffentlich zu den Vorwürfen eines ethisch unverantwortlichen Experiments geäußert oder den „Fall Cook“ erklärt.

Diatranz wurde 1994 unter der Ägide des Arztes Prof. Dr. Robert Elliott in Neuseeland gegründet. Ziel der kleinen Pharmafirma ist die Transplantation lebender Schweine-Bauchspeicheldrüsenzellen zwecks einer Insulinproduktion bei Insulin-Defekten, wie sie bei Diabetes Mellitus und anderen Formen der Insulinschwäche vorliegen. Die Zellen des Schweins sollen als Lebendtransplantat die Funktion der menschlichen Bauchspeicheldrüse übernehmen, die ursprünglich für die Produktion des Blutzuckers verantwortlich ist. Das von Diatranz entwickelte Medikament namens Diabell® wurde bisher nur an Tieren getestet. Die Firma ist umstritten. Tests an Menschen wurden ihr in Neuseeland verboten wegen des Risikos, dass

Schweine Viren in sich tragen können, die dann in den menschlichen Organismus mittransplantiert werden könnten (sogen. Retrovirus-Infektionen). (PNB 03/02, pacnews 08.03., 12.03., 26.03., 28.03.02, www.diatranz.co.nz, Filder-Extra Wochenzeitung 12.03.02)

US-Samoa von Liste gestrichen

Amerikanisch-Samoa ist auf eigenen Wunsch von der Liste des sogenannten „Komitees 24“ bei den Vereinten Nationen gestrichen worden. Die Liste beinhaltet alle Länder, die in kolonialer Abhängigkeit leben und entkolonisiert werden müssen. Das Komitee 24 ist ein Ausschuss der Generalversammlung der UN, dessen Aufgabe darin besteht, die Entkolonisierung nicht selbstregierter Territorien zu koordinieren. Die Mitglieder des Komitees werden von der Generalversammlung bestimmt, ebenso wie die UN-Generalversammlung auch bestimmt, welche Gebiete auf die Liste der nicht selbstregierten Territorien gesetzt, bzw. von der Liste entfernt werden. Die zur Streichung von der Liste notwendige Entkolonisierung eines Gebietes hat sich nach bestimmten Kriterien zu richten, die die freie Selbstbestimmung des Gebietes gewähren sollen. Folgende pazifische Gebiete stehen noch auf der Liste: Neukaledonien, Guam, Tokelau und Pitcairn.

Der seit 1997 amtierende Gouverneur von Amerikanisch-Samoa, Tauese P Sunia, sagte, zwar habe die UN dem Wunsch seiner Regierung in der letzten Generalvollversammlung stattgegeben, doch gäbe es noch keine Reaktion des amerikanischen „Mutterlandes“ zur endgültigen Löschung aus der Liste. Der östliche Teil der Inselkette Samoas ist seit 1951 ein „unincorporated territory“ der USA. (PNB 01/02, Email Lorenz Gonschor 29.05.02, www.whitehouse.gov, www.cia.gov)

Daewoosa Samoa muss zahlen

Die bereits erloschene Firma „Daewoosa Samoa“ ist von dem Obersten Gerichtshof in Pago-Pago zu einer Kompensationszahlung in Höhe von 3,5 Mio. US Dollar verurteilt worden. Vor zwei Jahren hatten vietnamesische Arbeiter der Kleiderfabrik gegen den koreanischen Firmenboss Kil Soo Lee und seine Manager einen Zivilprozess angestrengt. Die Arbeiter mussten unter menschenunwürdigen Bedingungen in Massenunterkünften leben, die sie von ihrem mageren Gehalt bezahlten. Sie durften das Fabrikgelände der koreanischen Firma nicht verlassen. Zudem mussten sie mehr als 14 Stunden täglich arbeiten und erhielten nur eine dünne Gemüsesuppe zum Essen. Kil Soo Lee und zwei seiner samoanischen Manager stehen zur Zeit noch in Honolulu vor Gericht. Ihnen wird Zwangsarbeit und Knechtschaft zur Last gelegt. Die Regierung von US-Samoa verhandelt zur Zeit mit zwei Firmen, die ihr Interesse zur Übernahme des Fabrikgeländes samt der Arbeiterunterkünfte bekundet haben. Es handelt sich um die samoanische Bekleidungsfirma Morgan Copper Inc. und die US-amerikanische Firma Hills International, die Barette für das amerikanische Militär herstellt. (*pacnews 19.04.02, Samoa News 17.05.02*)

Nauru unterzeichnet Stockholmer Abkommen

Nauru hat Mitte Mai als achttes Land des Pazifiks das „Stockholmer Abkommen über anhaltende organische Verschmutzung“ (Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants, POPs) unterzeichnet. Weitere Unterzeichner im Pazifik sind Fidschi, Kiribati, die

Föderierten Staaten von Mikronesien, Palau, Niue, PNG und Samoa.

Das Abkommen trat im Mai vergangenen Jahres in Kraft. Es handelt sich um einen Vertrag zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor anhaltenden organischen Verschmutzungen. POPs sind chemische Stoffe, die sich über lange Zeit in der Umwelt ablagern und zu Schäden bei Mensch und Tier führen können. Sie verbreiten sich durch Ablagerung in lebenden Organismen weltweit und sind giftig. Beispiele für POPs sind etwa Dioxine und Furane, die in hohen Dosierungen u.a. Krebs auslösen können.

Deutschland hat das Stockholmer Abkommen am 25. April 2002 ratifiziert. (*pacnews 09.05.02, www.chem.unep.ch/sc/*)

Neuer Premier auf Niue

Young Vivian ist neuer Premierminister der Insel Niue. Der 66-jährige Veteran der lokalen Politik setzte sich gegen seinen Parteikollegen Sani Lakatani von der Niue People's Party (NPP) mit 14:20 Stimmen durch. Die NPP hatte dem amtierenden Lakatani das Vertrauen entzogen. Die 800 Wahlberechtigten der 1.900 Einwohner von Niue waren am 20. April zu den Urnen geschritten. Rund 6.000 Niueaner leben in Neuseeland. Die neuseeländische Regierung überweist jährlich 6,5 Mio. NZ Dollar Entwicklungshilfegelder.

Das Parlament der in freier Assoziation zu Neuseeland stehenden Insel hat 20 gewählte Mitglieder. Premier Vivian wird in den nächsten Tagen die drei Minister bestimmen, die mit ihm das Kabinett bilden und über die volle Legislative und Exekutive verfügen. Kernziele des neuen Premiers sind nach eigenen Angaben gute Regierungsführung, Transparenz und

Verantwortlichkeit. (*Niue Economic Review 02.05., Flash d'Océanie 03.05., Radio Australia 03.05.02, pacnews 09.04.02, Pacific Islands Encyclopedia*)

FRZ. ÜBERSEEGBIETE

Wahlergebnisse und Analysen

Am 21. April fand in Frankreich und in den französischen Überseegebieten die erste Runde der Präsidentschaftswahlen statt. Der amtierende gaullistische Präsident Jacques Chirac erzielte 19,7% der Stimmen. Sein sozialistischer Rivale, Premierminister Lionel Jospin, erreichte nur knapp 16% der Stimmen und damit das schlechteste Ergebnis eines Sozialisten seit 1969. Überraschend erlangte der rechtsradikale 73-jährige Jean Marie Le Pen 17%. Weit abgeschlagen wurde mit 3,4% der Kommunistenchef Hue, der sogar von den Grünen unter Noel Mamère (5,3%) übertroffen wurde. Zu der Wahlsensation hatten die Zersplitterung der linken Wählerschaft auf eine Vielzahl linksextremistischer Kandidaten sowie die niedrige Stimmbeteiligung (72%) beigetragen.

Nach seiner Wahlniederlage gab Lionel Jospin seinen Rückzug aus der Politik nach fünfjähriger Amtszeit als Premier und 30jähriger Tätigkeit in der sozialistischen Partei bekannt. Vor dem zweiten Wahlgang kam es in Frankreich zu landesweiten Protesten mit mehr als einer Million Demonstranten gegen den „Rechtsruck“ in der Politik und für eine Wiederwahl Chiracs. In der Stichwahl vom 5. Mai erhielt Chirac 82% der Stimmen, damit wurde er für

weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt. Herausforderer Le Pen erlitt mit 17% eine klare Niederlage. Die Wahlbeteiligung lag um 10% höher als im ersten Durchgang.

Am 9. und 16. Juni 2002 finden in Frankreich Parlamentswahlen statt. Chirac hat bereits seine neue Regierung gebildet. 21 Mitglieder des Kabinetts, das aus 15 Ministern, sechs beigeordneten Ministern und sechs Staatssekretären besteht, haben keine bisherige ministerielle Erfahrung. Chirac ernannte einen neuen Premierminister (Raffarin), einen neuen Innenminister (Sarkozy) und erstmals eine Frau als Verteidigungsministerin (Alliot-Marie).

Wie sich die Wahlen in den französischen Überseegebieten des Pazifiks gestalteten, erläutert Lorenz Gonschor, unterstützendes Mitglied der tahitianischen Unabhängigkeitspartei *Tavini Huiraatira* und Experte der politischen Szene in den Überseeterritorien.

„Die Polynesier generell (auch die pro-französischen) sehen sich nicht als Teil des französischen Mutterlandes, sondern betrachten Frankreich als ein anderes Land. Insofern interessieren sie sich nur wenig für die politischen Programme der französischen Politiker, selbst wenn es um die Übersee-Politik geht. Gesamtfranzösische Wahlen sind im Kontext der lokalen Politik zu sehen. Letztendlich werden die Wahlen von einheimischen Politikern dazu benutzt, ihren Einfluss vor Ort zu messen, indem sie einen bestimmten französischen Politiker unterstützen und dann dessen Stimmen als Stimmen für sich verbuchen.“

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen bildeten sich dieses Jahr vier verschiedene politische Lager:

(1) Die Regierungspartei *Ta*

denten Gaston Flosse unterstützte Jacques Chirac, Flosses Freund und Mentor.

(2) Die stärkste Oppositionspartei, Oscar Temarus Unabhängigkeitspartei *Tavini Huiraatira*, rief zum Wahlboykott auf, da sich keiner der Präsidentschaftskandidaten klar für die Unabhängigkeit Französisch-Polynesiens ausgesprochen hatte. Zudem fühlte sich die Tavini von Jospins Sozialisten, die sie letztes Jahr in den Territorialwahlen unterstützt hatte und die ihrerseits nun Oscar Temarus Unterstützung für Jospin erwarteten, hintergangen, da die Jospin-Regierung bisher keine entscheidenden Schritte unternommen hat, das Flosse-Regime zu Fall zu bringen, obwohl dieses quasi permanent gegen französische Gesetze verstößt.

(3) Die dritte Kraft im Territorialparlament, die *Fetia Api* unter der Führung von Boris Léontieff, die das Flosse-Regime wegen seiner Korruption bekämpft, aber die französische Oberherrschaft bestehen lassen will, gab keine Wahlempfehlung.

(4) Ein Bündnis fünf unterschiedlicher Parteien, die allesamt nicht im Parlament vertreten sind, bildete ein Unterstützungskomitee für Lionel Jospin unter dem Vorsitz von Jacqui Drollet, dem Vorsitzenden der sozialistischen Unabhängigkeitspartei *la Mana Te Nunaa*. Neben dieser ideologisch gefestigten Partei sind aber auch opportunistische Parteien und sogar eine jüngste Abspaltung von Flosses Partei in diesem Komitee enthalten, die Jospin nicht aus Überzeugung unterstützen, sondern nur, weil Jospin gegen Chirac, also gegen Flosse ist.

Neben diesen Vier ist noch eine kleine lokale grüne Partei zu nennen, die den grünen Kandidaten Noel Mamère unterstützte.

Le Pen wurde unterstützt von einem lokalen Verband der

Front National (FN), die aus einer kleinen Minderheit unter den französischen Siedlern und einigen wenigen Tahitianern besteht. Dieser FN-Ableger besteht seit den 90er Jahren, hielt sich aber bisher in der Wählergunst stabil unter 5%.

Die erste Runde der Wahl brachte in **Französisch-Polynesien** folgende Ergebnisse: Chirac erreichte 62,4 Prozent der Stimmen, Jospin 24,6% und Le Pen 4,2%. Alle übrigen Kandidaten erreichten jeweils weniger als 1,5%. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,1 Prozent.

Neukaledonien

In Neukaledonien stand die Wahl vor allem im Kontext des vor vier Jahren geschlossenen Abkommens von Nouméa, das die Entwicklung Neukaledoniens für die nächsten 20 Jahre regeln soll.

Die stärkste lokale Partei *Rassemblement pour la Calédonie dans la République* (RPCR) unter Führung von Jacques Lafleur, die vor allem die Interessen der französischen Siedler vertritt und gegen die Unabhängigkeit eintritt, unterstützte Jacques Chirac. Die für die Unabhängigkeit eintretende *Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste* (FLNKS), hinter der die Mehrheit der Kanaken steht, hatte bisher analog zur tahitianischen Tavini die Präsidentschaftswahlen boykottiert. Dieses Mal rief sie aber zur Wahl von Jospin auf, in Dankbarkeit für dessen Leistungen beim Zustandekommen des Nouméa-Abkommens.

Ebenfalls für Jospin trat die *Fédération des Comités de Coordination des Indépendantistes* (FCCI), eine Abspaltung der FLNKS, ein. Le Pen erhielt seine Unterstützung durch die lokale *Front National*, die den radikalen Flügel der französischen Siedler vertritt, die das Nouméa-Abkommen und jeglichen Kompromiss mit der Un-

abhängigkeitsbewegung ablehnen.

Das Wahlergebnis brachte 48,4% für Chirac, 22,4% für Jospin und 10,5% für Le Pen. Noel Mamère von den Grünen belegte mit 3,0% den vierten Platz, alle anderen lagen unter 2,5%.

Wallis und Futuna

In Wallis und Futuna lag die Wahlbeteiligung bei 64,4 Prozent. Auch hier verteilten sich die Wählerstimmen nur auf wenige der 16 Kandidaten.

Chirac führte mit 50,6%, gefolgt von Jospin mit 35,8% und Jean-Pierre Chevènement (linksnationalistischer Dissident von Jospins Sozialisten) mit 7,5%. Alle anderen Kandidaten lagen unter 1,5%. Le Pen kam in diesem Gebiet, in dem fast ausschließlich einheimische Polynesier leben, nur auf 0,8%.

Die Stichwahl zwischen Chirac und Le Pen 14 Tage später brachte folgende Ergebnisse:

Französisch-Polynesien: Die Wahlbeteiligung lag mit 55,5% unwesentlich höher als bei der ersten Runde, davon erhielt Chirac 87,8% und Le Pen 12,2%. Chirac wurde für die Stichwahl von der regierenden Partei Tahoeraa Huiraatira von Gaston Flosse sowie der profranzösischen Oppositionspartei Fetia Api von Boris Léontieff unterstützt. Oscar Temarus Unabhängigkeitspartei Tavini Huiraatira rief zum Boykott auf, während eine Allianz mehrerer kleiner oppositioneller Parteien, die im ersten Wahlgang Jospin unterstützten, ihren Anhängern die freie Wahl gelassen hatte.

Neukaledonien: Die Wahlbeteiligung betrug 50,6% und damit höher als beim ersten Wahlgang, wo sie nur bei 43,0% lag. Chirac kam auf 80,4%, Le Pen auf 19,6%. Chirac erhielt seine Unterstützung von der profranzösischen Siedlerpartei RPCR unter

Jacques Lafleur sowie von einigen kleinen Parteien der Mitte, die in der ersten Runde für Jospin waren, aber in der zweiten Chirac als geringeres Übel favorisierten. Die kanakische Unabhängigkeitspartei FLNKS, die in der ersten Runde Jospin favorisiert hatte, rief für die Stichwahl zum Boykott auf, da beide Kandidaten die Unabhängigkeit Neukaledoniens verhindern wollen. Die Verdopplung der Stimmen Le Pens gegenüber dem ersten Wahlgang (die im übrigen fast ausschließlich aus den von französischen Siedlern bewohnten Gebieten um Nouméa stammen) zeigt, wie stark unter vielen Siedlern nach wie vor der Rassismus gegen die Kanaken und der bedingungslose Widerstand gegen die Unabhängigkeit ist.

Wallis und Futuna: Chirac erhielt dort 92,2% und Le Pen 7,8%.

(Email Lorenz Gonschor 28.04. und 08.05.02, professionpolitique.com, [Tahiti-presse](http://Tahiti-presse.com); Pacific Islands Report, www.wallis-islands.com, www.nouvelles-calédoniennes.nc, Dossier „Wahlen in Frankreich“ der NZZ April/Mai 02)

AUSTRALIEN

Teure Pazifische Lösung

Die sogenannte „pazifische Lösung“, also die vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen auf den Pazifikinseln Nauru und Manus (PNG), hat die australische Regierung 114 Mio. AUS Dollar gekostet. Rund 72 Mio. Dollar wurden für die Unterbringung der Flüchtlinge in Nauru, 42 Mio. Dollar für das Lager in der Lombrum Naval Basis auf Manus ausgegeben, erklärte der offizielle Sprecher des Einwanderungsministeriums Vince McMahon.

Zur Zeit leben 1.118 Menschen auf Nauru, darunter 243 Kinder. Von den 446 Flüchtlingen auf Manus sind 125 Kinder. Die Flüchtlinge kommen aus Afghanistan, dem Irak, Palästina, dem Iran, Sri Lanka und Pakistan.

Hintergrund: 5.000 Flüchtlinge haben im Jahr 2001 versucht, die rettende Küste Australiens zu erreichen, nur die wenigsten waren erfolgreich. Der Umgang der australischen Regierung mit Asylsuchenden ist seit der „Tampa-Krise“ vom vergangenen Sommer in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. 433 Flüchtlinge aus Afghanistan und dem Irak, die über indonesische Schlepper illegal nach Australien gelangen wollten, waren aus Seenot von dem norwegischen Frachter *Tampa* gerettet worden. Ihr Ansinnen, auf der australischen Weihnachtsinsel von Bord zu gehen, lehnten der konservative Premierminister John Howard und der Minister für Einwanderung, Philip Ruddock, ab. Statt dessen verhandelten die Politiker mit pazifischen Anrainerstaaten über die vorläufige Aufnahme der Flüchtlinge. Ergebnis ist die „pazifische Lösung“. Die Inselrepublik Nauru und die zu Papua-Neuguinea gehörende Insel Manus erklärten sich bereit, gegen entsprechendes Entgelt für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr die „boat people“ in Lagern unterzubringen.

Die australische Asyl-Gesetzgebung sieht vor, dass Migranten drei Interviews mit dem Einwanderungsministerium und dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen durchlaufen müssen, um als „rechtmäßige“ Flüchtlinge anerkannt zu werden und damit eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Bisher wurde 122 Flüchtlingen auf Nauru und Manus der offizielle Flüchtlingsstatus zuerkannt, überwiegend Irakern.

Nach dem Sturz des Talibanregimes in Afghanistan besteht nach Angaben der Vereinten Nationen für Afghanen wenig Aussicht auf Anerkennung als Flüchtlinge. Die australische Regierung hat zwischenzeitlich den Afghanen eine Zahlung von 2.000 AUS Dollar pro Person bzw. 10.000 Dollar pro Familie zugesichert, wenn sie ihren Antrag auf Asyl zurückziehen. Das Angebot betrifft 754 Afghanen auf Nauru und 260 Menschen in den Lagern auf dem Kontinent. Nach Angaben von Philip Ruddock seien diese Zahlungen geringfügig im Vergleich zu den 100 Dollar täglich, die pro Flüchtling für Unterkunft und Verpflegung ausgegeben werden müssten.

Bis zum endgültigen Entscheid über ihren Status bleiben die Menschen gemäß der Einwanderungsgesetze zwangsweise in Lagern inhaftiert, die durch ihre geographische Lage und ihre Abschottung nach außen neutrales Territorium sind. (*pac-news 19.04., Amnesty International 21.05.02, SMH 24.05.02, Radio Australia online*)

ANZAC- Day Feiern

Am 25. April haben in Australien und Neuseeland Paraden, Gottesdienste und Trauermärsche zum Gedenken an den Jahrestag der Landung des australischen Anzac-Corps am 25. April 1915 auf der türkischen Halbinsel Gallipoli stattgefunden. Damals vereinte der Tod vieler junger Soldaten die Teilstaaten Australiens in ihrer Trauer um die Gefallenen und ließ das Bewusstsein für eine eigene, unabhängige Nation erstarken.

Hintergrund: Als ehemalige Kolonien Großbritanniens waren Australien und Neuseeland verpflichtet, in Kriegen ihrem Mutterland zu helfen. Diese Hilfs-Truppen wurden ANZAC

genannt (*Australian and New Zealand Army Corps*). Zu Beginn des Ersten Weltkrieges setzten die Briten australische und neuseeländische Truppen gegen die mit Deutschland verbündeten Türken ein. Am 25. April 1915 landeten diese Truppen am Strand von Gallipoli in der Türkei. Die Alliierten verloren die Schlacht gegen die Osmanen. 250.000 alliierte und 300.000 türkische Soldaten wurden verletzt, **7.600 australische und 2.500 neuseeländische Truppenangehörige starben**.

Der Erste Weltkrieg hatte verheerende Folgen für Australien. 1914 betrug die männliche Bevölkerung Australiens weniger als drei Millionen, dennoch meldeten sich fast 400.000 von ihnen freiwillig zum Kriegseinsatz. 60.000 dieser Freiwilligen kehrten nie zurück, Zehntausende wurden schwer verwundet.

Heute gibt es kaum eine Stadt in Australien, die nicht eine Anzac-Straße oder ein Anzac-Denkmal hätte. Die letzten Überlebenden der Schlacht von Gallipoli, als "National Living Treasure" bezeichnet, wurden jährlich mit einer Parade geehrt. Im Mai starb in Australien der letzte ANZAC-Veteran. Heute gedenkt man am ANZAC-Day, einem nationalen Volkstrauertag, der Opfer beider Weltkriege. (*Australien Info online, Australien Lexikon, Australien newsletter online, SMH online*)

BRENNPUNKTE/ HINTERGRÜNDE

Armeeangehörige des Mordes angeklagt

Sechs Offiziere der Sondereinheit „Tribuana X“ der indonesi-

sehen Spezialtruppe *Kopassus* sind an dem Mord des papuanischen Unabhängigkeitsführers Theys Eluay vom November 2001 beteiligt. Das fand die eigens eingesetzte nationale Ermittlungskommission KPN heraus. Der Leiter der Kommission, Koesparmonon Irsan, weigerte sich jedoch, die Namen der Angeklagten zu nennen. Es handele sich um drei mittelrangige und drei untergeordnete Militärs ließ er verlauten. Drei Offiziere der Spezialeinheit *Kopassus* wurden inzwischen festgenommen. Sie befinden sich seit dem 10. April in Untersuchungshaft. Sie sollen von Vorgesetzten für die Ausführung des Mordes bezahlt worden sein. Wer genau das Geld bezahlt und den Befehl zum Mord gegeben habe, müsse noch ermittelt werden.

Die Kommission bemerkte in ihrem Abschlussbericht an Präsidentin Mekawati Sukarnoputri, dass sie bei der Untersuchung des Todesfalles keine schweren Menschenrechtsverletzungen im Sinne des indonesischen Gesetzes No. 26/2000 hätten feststellen können. Dieses Gesetz bezeichnet alle Verbrechen als grobe Verstöße gegen Menschenrechte, die systematisch vorbereitet und weitläufig geplant worden sind. Die Kommission riet, weiter nach dem verschwundenen Fahrer des Wagens von Eluay, Aristoteles Masoka, zu fahnden. Dieser wird seit dem Mord an Eluay im vergangenen Jahr vermisst, ein Gewaltverbrechen ist wahrscheinlich. Die Militärpolizei sei für weitere Untersuchungen in diesem Fall zuständig, man habe sein Möglichstes getan, erklärte der Sprecher der nationalen Ermittlungseinheit.

Der Leiter des papuanischen Präsidiums, der 64-jährige Theys Eluay, war wenige Stunden nach einer Feier mit Angehörigen der Spezialstreitkräfte *Kopassus* am 11. November

2001 nahe der Grenze zu Papua-Neuguinea in seinem Auto tot aufgefunden worden. Die Leiche wies nach Angaben der Autopsiebehörden Spuren von gewaltsamer Erstickung auf.

Die Ermittlungskommission recherchierte wochenlang, sie befragte vor allem Zeugen der Entführung. Ein Angestellter der Kopassus Einheit, in der Eluay vor seiner Ermordung gefeiert hatte, ist nach einem Mordanschlag unter Polizeischutz gestellt worden. Yaret Imoy gilt als wichtiger Zeuge, da er den Fahrer Aristoteles Masuka nach Theys Entführung gesehen hat. (FR 22.03., Kompas online 17.04., Jakarta Post 30.04., pacnews 13.05., Jyo Indonesian News 07.05., Jakarta Post 14.05.02)

Aufruf an Kofi Annan

Die internationale Westpapua-Solidarität, die zur Zeit aus mehr als 40 Organisationen weltweit besteht, hat in einem Appell an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), Kofi Annan, darum gebeten, das Verhalten der UN beim „Act of free choice“ 1969 in Westpapua einer Untersuchung zu unterziehen. Kofi Annan hat bereits einmal (Ruanda, 1994) eine Überprüfung des Verhaltens der UN angeordnet.

Bis 1962 war Westpapua ein nicht-sich-selbst regierendes Gebiet unter Herrschaft der Niederlande, die für Westpapua eigentlich die Selbstbestimmtheit (self-determination) anstrebten. Die holländische Politik missfiel dem damaligen indonesischen Präsidenten Sukarno, der das Gebiet für Indonesien beanspruchte. Im sogenannten New-York-Agreement einigten sich die Niederlande und Indonesien 1962, Westpapua für einen Zeitraum von sieben Monaten unter das Mandat der Vereinten Nationen zu stellen (UN Temporary Executive Authority, UNTEA). Am 1. Mai 1963 zogen sich die UN zu-

rück und übergaben die Verwaltung der Provinz an die indonesische Regierung, die sich bereit erklärte, zu gegebenem Zeitpunkt die Bevölkerung in einem Referendum über den zukünftigen Status abstimmen zu lassen. 1969 war der Zeitpunkt für diesen „Act of free choice“ gekommen. Entgegen internationaler Wahlpraxis, wonach jeder Erwachsene eine Stimme hat, waren jedoch nur 1.022 männliche Wähler (lokale Klanführer) vom indonesischen Militär ausgesucht worden. Unter massivem Druck stimmten diese per Handzeichen einstimmig für den Verbleib bei Indonesien. Die Vereinten Nationen erkannten den Ausgang des im Volksmund als „Act of NO choice“ benannten Wahlganges an und strichen Westpapua von der Liste der zu entkolonisierenden Gebiete.

Die internationale Solidarität mit Westpapua mahnt in ihrem Schreiben an Annan an, die Bevölkerung von Westpapua habe 1969 nicht die Möglichkeit gehabt, selbstbestimmt über ihren politischen Status zu entscheiden, so wie im New-York-Agreement festgelegt. Sie fordert den Generalsekretär auf, eine *review* des „Act of free choice“ vorzunehmen. Die Initiatoren der Kampagne wollen jedoch keine Revision des UN-Beschlusses vom 19. November 1969, mit dem die Vollversammlung der Vereinten Nationen den Wahlausgang offiziell „zur Kenntnis nahm“ und damit den Anschluss Westpapas an Indonesien besiegelte.

Zu den Unterzeichnern der Petition gehört in Deutschland auch das Pazifik-Netzwerk e.V.. (Tapol 28.03., West Papua Netzwerk 11.03.02, www.westpapuaaction.buz.org/unreview)

Melanesian Cup auf den Salomonen

Trotz massiver Proteste von Nachbarstaaten bleiben die Salomon-Inseln Austragungsort des Melanesian Cup, einem Fußballturnier der zu Melanesien gehörenden Länder. Das gab die Ozeanische Fußballföderation bekannt. Zu dem Turnier werden Mannschaften aus Papua-Neuguinea, Vanuatu, Neukaledonien und Fidschi erwartet. Die fidschianische Fußballvereinigung hatte zunächst angedroht, nicht an dem Cup teilzunehmen, sollten die Salomonen Austragungsort sein. Dort gebe es zu große Probleme mit der Einhaltung von Recht und Ordnung, hieß es. Der Vizepräsident der Solomon Islands Football Federation, Peter Shanel, erklärte, es bestünde kein Sicherheitsrisiko. Ganz im Gegenteil könne Sport alle religiösen Grenzen überwinden und Menschen verschiedener Ursprungs und verschiedener Hautfarbe auf dem Fußballfeld vereinen. Der Melanesian Cup wird im Juni in der Hauptstadt Honiara ausgetragen.

Der Cup findet seit 1988 statt. Er ist vom Fußballweltverband FIFA offiziell als Qualifikation für den „Oceania Nations Cup“ anerkannt. (ABC Radio 29.03., pacnews 13.05.02, www.fijifootball.com)

BUNT GEMISCHT

Paradiesvögel fühlen sich in Tokio wohl

Tokio. Der Ueno Zoo in der japanischen Stadt Tokio hat Zuwachs aus Papua-Neuguinea bekommen. Zwei weibliche und

SPORT IM PAZIFIK

zwei männliche Paradiesvögel aus dem Regenwaldschutzgebiet bei Lae sind das Geschenk PNGs an Japan anlässlich der Aufnahme von Direktflugverbindungen zwischen Port Moresby und Tokio durch die Air Niugini. Japan überreichte der Regierung von PNG japanische Kirschbäume, die in Goroka im östlichen Hochland angepflanzt werden sollen. (Pacnews 08.05.02)

Keine „trucks“ mehr

Tahiti. Im Rahmen einer Reform des Transportwesens auf der Insel Tahiti/Französisch-Polynesien hat Präsident Gaston Flosse die Einführung von staatlichen Bussen begrüßt. Anstelle der open-air-Busse (sogenannte „trucks“), die von Privatpersonen betrieben wurden und nur unregelmäßig, mit langen Wartezeiten fahren, hat die Regierung die ersten drei staatlichen Busse mit Klimaanlage und festen Fahrtrouten und -zeiten in Betrieb genommen. Flosses Regierung hat in den neuen öffentlichen Personennahverkehr bereits 7,5 Mio. US Dollar investiert, damit wurden u.a. feste Bushaltestellen gebaut. (Oceania Flash 18.04.02)

Vanilla-Coke aus Tahiti?

Tahiti. Der 1886 gegründete amerikanische Getränkekonzern Coca-Cola hat Mitte Mai ein neues Getränk auf den amerikanischen Markt gebracht: Die „Vanilla Coke“ schmeckt wie eine normale Cola, allerdings mit einem leichten Vanillegesmack. Für die Produktion werden in diesem Jahr 200 Tonnen getrocknete Vanilleschoten benötigt, das sind 10% der Weltproduktion von 2.000 bis 2.400 Tonnen jährlich. Vanille wird in Indonesien, den Komoren, der Insel Réunion, Uganda, Tonga, den Antillen und in Französisch-Polynesien

angebaut. Der Anbau von Vanille in Madagaskar kam nach einem Zyklon im Jahr 2000 zum Erliegen.

In Französisch-Polynesien befinden sich die Vanilleplantagen auf den Inseln Raiatea, Tahaa und Huahine. Die Produktion lag 2001 bei 5,9 Tonnen mit einem Wert von 1,1 Mio. Euro. Der Vanillepreis hat sich in den letzten fünf Jahren aufgrund gesteigerter Nachfrage knapp verfünffacht. 1997 betrug der Kilopreis für die Edelsorte „Bourbon“ 56,25 Euro, heute kostet ein Kilo 225 Euro. Hubert Viaris, Geschäftsführer von *Le-segno*, einer Coca-Cola Brauerei in Tahiti, sieht der Markteinführung mit Spannung entgegen. Bei positiver Aufnahme durch die amerikanischen Verbraucher könnte die Vanilleproduktion in Französisch-Polynesien angekurbelt werden.

Die Echte Vanille (*Flachblättrige Vanille, Vanilla planifolia*), ist eine Pflanze mit breiten, fleischigen Blättern, großen grünlich weißen Blüten und zylindrischen Kapseln. Die frischen Früchte (*Vanilleschoten*) sind geruchlos, sie erhalten die schwarze Farbe und das typische Vanillearoma erst im Lauf der Fermentierung, wobei Vanillin entsteht. Die Früchte der Pomponvanille werden in der Parfümerie benutzt. Vanille ist die einzige essbare Orchideenart. (Tahitipresse 14.05.02, www.vanilla.coke.com, www.coca-cola.com)

Eis-Schmuggler für 25 Jahre ins Gefängnis

Palau. Valentine Ueki aus Palau ist vom obersten Gericht in Koror zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Mann hatte die Droge „Methamphetamine Hydrochloride“ geschmuggelt. Besser bekannt ist diese Droge bei uns unter dem Namen „Eis“.

Das Central Narcotics Bureau (Drogenbüro) in Singapur warnt auf seiner homepage vor der Wirkung von Eis. Eis habe einen starken Einfluss auf das Nervensystem und mache süchtig. Folgen von hohem Eis-

konsum seien u.a. Halluzinationen, Schlaganfall, Impotenz, Leberschäden und Gewichtsverlust. (pacnews 13.03.03, www.gov.sg/mha/cnb/education/ice.html)

Keine Zeitung mehr

Wallis und Futuna. Die einzige Zeitung des französischen Überseegebietes Wallis und Futuna, die *Te Fenua Fo-ou* hat Ende April ihr Erscheinen eingestellt. Der Herausgeber Michel Bodineau war nach Veröffentlichung kritischer Artikel zu Kandidaten der anstehenden Wahlen mehrfach angegriffen worden. Das Redaktionsbüro war überfallen und zerstört worden. Bodineau hatte sich daraufhin offiziell beim Gericht der Hauptstadt Mata-Utu beschwert. (pacnews 23.04.02)

† Robin Anderson

Sydney. Die australische Filmmemacherin Robin Anderson verstarb Anfang März in Sydney an den Folgen von Krebs. Die 51-jährige war mit dem Regisseur Bob Connolly verheiratet. Das Paar hat zwei Töchter. In ihrer 22-jährigen Partnerschaft produzierten sie fünf Dokumentarfilme, die mehrfach ausgezeichnet wurden. Am bekanntesten wurde ihr Debütfilm „First Contact“ (1982) über den Erstkontakt der Gebrüder Leahy mit Hochlandvölkern in Papua-Neuguinea. Auch die folgenden Filme „Joe Leahy's Neighbours“ (1989), „Black Harvest“ (1992), „Rats in the Ranks“ (1996) und „Facing the

Music“ (2001) erlangten Welt-
ruhm. Vor ihrem Tod konnte die
Filmemacherin für ihr Lebens-
werk den „Australia Living Le-
gend“- Preis in Empfang neh-
men. (SMH 12.03.02)